

12/1999

Wolfgang Schäuble:

Wir wollen keine militärische Eskalation

Die CDU/CSU unterstützt die deutsche Beteiligung an den NATO-Aktionen auf dem Kosovo. Vertreibung, ethnische Säuberung und Völkermord dürfen nicht geduldet werden, schon gar nicht mitten in Europa. Es wäre fatal, wenn die zynische Rechnung von Milosevic aufgehen würde.

Wir danken den Soldaten der Bundeswehr und der Streitkräfte unserer Verbündeten für ihren entschlossenen und beherrschten Einsatz zugleich. Die Soldaten und ihre Familien können sich auf unsere Solidarität verlassen. Wir wissen um unsere Verantwortung.

**Rede des Vorsitzenden der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion in
der Kosovo-Debatte des Deutschen
Bundestags am 15. April**

Wir unterstützen und begrüßen die Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene vor Ort. Die heimatnahe Versorgung muß Vorrang haben, damit eine rasche Rückkehr möglich bleibt und Milosevics Vertreibungspolitik nicht zusätzliche Unterstützung erfährt. Dabei ist es selbstverständlich, daß auch bei uns in begrenzter Anzahl Flüchtlinge und Vertriebene vorübergehend Aufnahme finden müssen, insbesondere Kranke und

Fortsetzung auf Seite 3

Auf dem Weg in die Verantwortungsgesellschaft. Aus der Rede der Kandidatin von CDU und CSU für das Amt der Bundespräsidentin, Dagmar Schipanski, am 8. April in der Aachener Zukunftswerkstatt. Seite 8-10.

Wirtschafts- und Sozialpolitik der Zukunft. Soziale Marktwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung. Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Wolfgang Schäuble, auf dem Wirtschaftskongreß der CDU in Bremen. Dokumentation.

Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Die leeren Versprechungen der SPD. Was von der Schröder-Regierung zu erwarten ist. Unsere Perspektiven oder: Wofür die CDU eintritt. UiD Extra

Unsere Materialien zur Europawahl: Briefwahlprospekt ● Argukarten ● Faltblätter ● Symbolhiewerbemittel. Seite 33-36

Kurz & gut

Roland Koch

ist neuer Regierungschef in Hessen. 56 Abgeordnete des neuen Landtags haben ihn mit genau der Stimmenzahl gewählt, über die CDU und FDP verfügen. Mit dem Regierungswechsel in Hessen hat die rot-grüne Bundesregierung ihre Mehrheit im Bundesrat verloren.

Konstruktiver Dialog

„Wir müssen die Signale in Richtung von mehr Beschäftigung stellen.“ Das war die einhellige Meinung von Wolfgang Schäuble und Roland Koch, die am 24. März in Bonn zu einem Meinungsaustausch zwischen CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) zusammengetroffen sind. Einigkeit herrschte auch in der Forderung nach einem schlüssigen Gesamtkonzept zur Steuerreform. Der DAG warnte vor einer „konjunkturpolitisch abträglichen“ Mehrwertsteuerdebatte.

Der Ausbau des Meister-BaFöG

hat hohe Priorität. Anlässlich der 1. Lesung des CDU/CSU-Antrags „Ausbau der Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung“ erklärte der zuständige Berichterstatter im Bildungsausschuss, Werner Lensing: Mit der Verbesserung der Förderung wollen wir dazu beitragen, daß eine Gründungswelle in Gang kommt und dadurch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Den hohen Stand

der nuklearen Sicherheit in Deutschland hat der erste Bericht der Bundesregierung für die Internationale Überprüfungstagung im April festgelegt und damit eindrucksvoll den hohen Stellenwert belegt, den die Atomicherheit bis zum Regierungswechsel hatte.

Die CDU dankt der NATO für 50 Jahre Freiheit und Frieden

An die Gründung der NATO am 4. April 1949 und den Beitritt Deutschlands zur Atlantischen Verteidigungsallianz 1955 hat CDU-Generalsekretärin Angela Mer-

kel erinnert: Freiheit und Demokratie, Stabilität und Sicherheit hat das Bündnis in Europa garantiert, und es war die CDU, die sich mit aller Kraft für diese Partner-

schaft eingesetzt hat. Die CDU hat Wiederbewaffnung, NATO-Doppelbeschluss, Auslandsin-sätze der Bundeswehr durch-gesetzt und Deutschland

bündnisfähig ge-macht. Angela Merkel: „Wir werden auch in Zukunft zur Alli-anz stehen. Die NATO ist für uns nicht nur Vertei-digungsbündnis, sondern auch

Wertegemein-schaft.“ Das zei-ge sich beim SFOR-Einsatz in Bosnien-Herze-gowina und bei den NATO-Einsätzen zur Lösung des Kosovo-Konflikts.

CDU

**DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE**

**NR.
12**

*Das Morden in Europa muß
aufhören. Die Gemeinschaft
der Demokraten dieser Erde
muß die Kraft haben, dem
Morden ein Ende zu setzen.*

Wolfgang Schäuble

Statt Entlastungen sind für die Bürger erhebliche Belastungen in Kraft getreten

Zu den gesetzlichen Neuregelungen ab 1. April hat CDU-Generalsekretärin Angela Merkel festgelegt: Statt „Steuerreform für alle“ heißt es jetzt „Teuerreform für die rot-grüne Kasse“.

Die Fakten sprechen für sich:

- Benzin und Diesel steigen um 6 Pfennig pro Liter.
- Eine Kilowattstunde Strom steigt um 2 Pfennig.
- Eine Kilowattstunde Gas steigt um 0,32 Pfennig.
- Heizöl steigt um vier Pfennig pro Liter.
- Einkünfte aus 630-Mark-Verhältnissen müssen jetzt vielfach versteuert werden.

DIESE REGELUNGEN SIND WIRTSCHAFTLICH UNSINNIG. Denn sie schaffen nicht einen einzigen Arbeitsplatz. In der Regierungserklärung vom 10. November 1998 erklärte Schröder: „Wir wollen uns jederzeit – nicht erst in vier Jahren – daran messen lassen, in welchem Maße wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen.“

NACH EINEM HALBEN JAHR muß man feststellen: Das Wachstum schwächte sich ab. Investoren und Konsumenten verlieren an Vertrauen. Die Zahl der Arbeitslosen ist um rund eine halbe Million gestiegen. Die Urteile in- und ausländischer Experten über die Schröder-Politik sind vernichtend.

DIE REGELUNGEN SIND SOZIAL UNGERECHT. Denn sie treffen vor allem Studenten, Rentner, Berufseinsteiger, Geringverdiener und Pendler. „Wir wollen die Gesellschaft zusammenführen“, heißt es in der Regierungserklärung. Jetzt werden vor allem diejenigen benachteiligt, die keine lautstarke Lobby haben.

NACH EINEM HALBEN JAHR kann die Regierung auf kein einziges gelungenes Projekt verweisen. Weil es kein Konzept gibt, wird „Nachbessern“ zum Handlungsprinzip: ob beim Atomausstieg, der doppelten Staatsangehörigkeit, der Steuerreform oder zuletzt der Agenda 2000. „Nachbessern“ statt „Nachdenken“ charakterisiert den Regierungsstil des Bundeskanzlers.

Fummeln an der Rente

hat die sozialpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Birgit Schnieber-Jastram, den Plan von Bundesarbeitsminister Riestern genannt, eine Mindestrente einzuführen. Riestere löst damit den Zusammenhang zwi-

schen Rentenbeitrag und Rentenleistung auf und degradiert die Rente zum Almosen. Arbeitnehmer, die ein Erwerbsleben lang in die Rentenversicherung einbezahlt haben, haben aber wohlverworbene Ansprüche.

Mit einem klaren „Nein“

hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues, Überlegungen von Bundeswirtschaftsminister Müller zur rückgewiesenen, Arbeitslosengeld künftig nur nach Bedürftigkeit zu zahlen:

Das käme der Abschaffung der Arbeitslosenversicherung gleich. Arbeitslose müßten dann nämlich erst Haus und Hof verkaufen, bevor sie Leistungen als „huldvolle Zuwendungen der Obrigkeit“ würden erwarten können.

CDU: Wir wollen keine militärische Eskalation

Erklärung des Präsidiums am 12. April

1. 50 Jahre NATO sind 50 Jahre gesicherter Frieden in Freiheit. Gemeinsam mit der europäischen Integration hat das atlantische Bündnis Deutschland nach der Katastrophe von Hitler und dem 2. Weltkrieg die Rückkehr in die Völkergemeinschaft gebahnt und Deutschlands Einheit ermöglicht. Mit dem Ende der Ost/West-Teilung ist der NATO die neue Aufgabe der Öffnung nach Osteuropa und der Zusammenarbeit mit Rußland zugefallen, der sie sich schon unter dem Generalsekretär Manfred Wörner tatkräftig und erfolgreich gestellt hat.

2. Heute steht die NATO vor einer neuen Herausforderung. Vertreibung, ethnische Säuberung und Völkermord dürfen nicht geduldet werden, schon gar nicht mitten in Europa. Die CDU unterstützt die Aktionen der NATO auf dem Kosovo und die deutsche Beteiligung daran.

3. Wir wollen keine militärische Eskalation, aber die Rechnung von Milošević darf nicht aufgehen. Ziel aller Operationen muß sein, den Frieden in der Region wiederherzustellen und die Rückkehr aller Vertriebenen in ihre Heimat in gesicherte Verhältnisse zu gewährleisten. Dabei geht es nicht um eine Veränderung von Einflusssphären auf dem Balkan.

4. Um baldmöglichst das Leiden und Sterben im Kosovo zu beenden, sind neue politische Initiativen unter Beteiligung der Vereinten Nationen und damit auch unter Einschluß von Rußland unverzichtbar. Gleichzeitig muß die Europäische Union ein umfassendes und wirksames Hilfsprogramm zum Wiederaufbau des Kosovo entwickeln.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Bemühungen in dieser Richtung zu verstärken.

Fortsetzung von Seite 1

Kinder. Es muß aber genauso klar sein und bleiben, daß die Europäische Union hier gemeinsam in der Solidaritätspflicht steht und deshalb eine gerechte und faire Lastenverteilung stattfinden muß.

Die Spenden- und Hilfsbereitschaft unserer Bevölkerung ist groß, auch die Bereitschaft, den Geschundenen durch vorübergehende Aufnahme Schutz und Zuflucht zu gewähren. Ich rege an, gemeinsam darüber nachzudenken, ob wir angesichts dieser neuen Situation den Streit, der mit der

Neuregelung unseres Staatsangehörigkeitsrechts bisher notwendig verbunden ist, wirklich fortsetzen sollen. Wäre es in dieser Lage nicht besser, sich für Beratung und Verabschiedung dieses Gesetzes mehr Zeit, als bis jetzt vorgesehen, zu nehmen?

Ich appelliere an die Koalitionsfraktionen, auf den nicht zu begründenden Zeitdruck zu verzichten und gemeinsam einen Weg zu suchen, wie wir Integration ausländischer Mitbürger und Integrationsbereitschaft deutschstämmiger Bevölkerung im Konsens verbessern können.

Ich habe in der vergangenen Woche diese Regierungserklärung und diese Debatte angeregt, weil bei aller grundsätzlichen Einigkeit in einer die Menschen zurecht so aufwühlenden Frage vor dem Parlament als dem Forum der Nation immer wieder die Regierung Rechenschaft ablegen muß, damit im Pro und Contra der Argumente Transparenz hergestellt werden kann und Legitimation und Akzeptanz des Einsatzes unter deutscher Beteiligung möglich bleibt. Die militärischen Aktionen der NATO dauern jetzt schon über drei Wochen. Milosevic hat offensichtlich die Entschlossenheit und die Geschlossenheit der freien Völkergemeinschaft unterschätzt. Wir allerdings seine Hartnäckigkeit, seinem eigenen Volk Schaden zuzufügen, auch.

Den Krieg führt Milosevic

Die atlantische Gemeinschaft ist stark und entschlossen genug, sich von Milosevic das Gesetz des Handelns nicht aufzwingen zu lassen. Aber wohl ist niemandem angesichts der Entwicklung auf dem Balkan. Die Fernsehbilder von Flucht und Vertreibung und von täglichen Bombardements wecken bei den Menschen nicht nur Betroffenheit, Hilfs- und Spendenbereitschaft. Es wird auch die bange Frage laut, ob wir, ob die NATO Krieg führt, oder ob wir dabei sind, in einen Krieg hineinzuschlittern. Vor allem die älteren unserer Mitbürger erinnern sich an das Grauen zweier Weltkriege und sind tief beunruhigt. Ich sage ausdrücklich: Solche Parallelen sind unzutreffend. Nicht die NATO führt Krieg. Wenn Krieg geführt wird, dann führt ihn Milosevic gegen seine eigene Bevölkerung. Die Staatengemeinschaft hat sich, schwer genug und eher zu spät als zu früh, entschließen müssen, militärische Mittel einzusetzen, um dem Grauen und dem Verbrechen Einhalt zu gebieten.

Es geht nicht um eine Veränderung von Einflusssphären auf dem Balkan wie am

Beginn des ersten Weltkriegs. Es geht einzig und allein darum, Mord und Vertreibung nicht wieder tatenlos durch die internationale Gemeinschaft hinzunehmen. Ziel aller Operationen muß sein, den Frieden in der Region wiederherzustellen und die Rückkehr aller Vertriebenen in ihre Heimat und in gesicherte Verhältnisse zu gewährleisten. Wir handeln nicht allein, sondern wir leisten unseren Beitrag zu gemeinsamer internationaler Integration und Verantwortung.

Solange eine weltweit verbindliche Rechtsordnung mit einer ihre Durchsetzung ermöglichenden Gerichtsbarkeit und einem entsprechend legitimierten Gewaltmonopol noch ein Traum bleibt, sind wir zur Wahrung von Frieden und grundlegenden Menschenrechten darauf angewiesen, militärische Gewalt nur als Ultima ratio einzusetzen. Gegen zur Anwendung aller Mittel entschlossene Diktatoren und Verbrecher kann darauf am Ende dieses Jahrhunderts noch nicht verzichtet werden. Aber die Ultima ratio der Gewaltanwendung nimmt heute keiner mehr für sich allein in Anspruch, sondern die europäische, atlantische und internationale Völkergemeinschaft handelt gemeinsam und integriert. Das ist der eigentliche Friedens-, Sicherheits- und Zivilisationsgewinn am Ende dieses Jahrhunderts. Wir würden ihn verspielen, wenn wir unseren Beitrag verweigern würden.

Kein Freibrief für Diktatoren

Wenn selbst der Generalsekretär der Vereinten Nationen von Völkermord im Kosovo spricht, dann kann die Rechtsgrundlage der NATO-Aktionen einschließlich der Beteiligung der Bundeswehr nicht wirklich zweifelhaft sein. Wer die Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen dennoch nicht für ausreichend und deshalb die Aktionen der NATO für nicht mandatiert hält, kann seine rechtlichen Bedenken letztlich nur aus dem klassi-

schen Interventionsverbot ableiten. Aber darf angesichts der Universalität unseres Menschenrechtsverständnisses eine solche Interpretation des Interventionsverbots wirklich zum Freibrief für Diktatoren werden, ihre eigene Bevölkerung hinzumorden und zu vertreiben, zum Elend der ethnischen Säuberungen am Ende dieses Jahrhunderts zurückzukehren?

Völkermord und Vertreibung

Wie dünn die Argumentation aus dem Interventionsverbot letztlich ist, zeigt sich auch daran, daß mit der Anerkennung einer Unabhängigkeit des Kosovo alle diesbezüglichen rechtlichen Argumentationsketten aufgelöst wären. Außerdem, was heißt eigentlich Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten am Ende dieses Jahrhunderts? Nicht nur die Flüchtlingsströme beweisen doch, daß Völkermord und Vertreibung über das betroffene Land hinauswirken. Auch die Fernsehbilder lassen uns Tag für Tag spüren, daß auf dieser Welt Völkermord und Vertreibung uns alle angehen.

Daraus aber folgt: Wenn wir die Lehren dieses Jahrhunderts nicht vergessen und niemals mehr wegsehen wollen, wenn wir um die Unteilbarkeit von Frieden, Freiheit und Menschenrechten wissen, dann darf die Völkergemeinschaft nicht jedes Verbrechen im Zweifel aus nur formalen Gründen akzeptieren. Ihr erwächst geradezu eine Pflicht zum Eingreifen.

Mit Krieg hat das nichts zu tun, sondern mit der Durchsetzung fundamentaler Menschenrechtsprinzipien. Ich sage es noch einmal: Wir werden nicht in einen Krieg hineinschlittern, weil es auf dem Balkan nicht um die Verschiebung von Einflusssphären geht und die atlantische Gemeinschaft sich von Milosevic das Gesetz des Handelns nicht aufzwingen läßt. Aber genau deshalb, und das füge ich mit allem

Nachdruck hinzu, genau deshalb müssen wir eine militärische Eskalation vermeiden. Wir jedenfalls wollen sie nicht.

Aus diesem Grunde dürfen wir beim Einsatz unserer deutschen Soldaten auch nicht das Entstehen von Grauzonen zulassen. Es muß immer und in jedem Stadium der Entwicklung glasklar sein, wofür sie eingesetzt werden. Eine schleichende Ausweitung ihres Auftrags darf es nicht geben und wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen. Deshalb erwarte ich von der Bundesregierung, auch im Zusammenhang mit der Entsendung weiterer Soldaten nach Albanien, jederzeit sorgfältig zu prüfen, ob eine Erweiterung des Einsatzmandats durch den Deutschen Bundestag erforderlich wird. Selbst ein rein humanitärer Einsatz kann in der Unübersichtlichkeit der Verhältnisse auf dem Kosovo blitzschnell zur Einsatzgrauzone werden, die dann durch das vom Bundestag bereits erteilte Mandat nicht mehr gedeckt ist. Die CDU/CSU wird sehr genau darauf achten, daß keine Automatismen eintreten. Das sind wir den Soldaten und ihren Familien und Angehörigen schuldig, das sind wir der Öffentlichkeit schuldig, und das sind wir nicht zuletzt unseren Rechten und Pflichten als Deutscher Bundestag schuldig.

Die Worte genau abwägen

Demokratisch verfaßte Staaten tun sich mit der Anwendung militärischer Gewalt schwer – und das ist gut so. Das muß auch so bleiben. Deshalb ist Öffentlichkeitsarbeit so notwendig, durch die NATO und durch die Bundesregierung. Wenn die Bundesregierung schon selbst Grund sieht, die Öffentlichkeitsarbeit der NATO zu kritisieren, dann muß alles daran gesetzt werden, daß das verbessert wird.

Aber ich füge diese Bemerkung hinzu: Wir sollten alle darauf achten, manche ein bißchen mehr als andere, daß wir uns nicht

in ein Übermaß an zuspitzender Rhetorik hineinsteigern. Politische Lösungen könnten dadurch noch schwerer werden, als sie es ohnehin schon sind. Die Empörung über die entsetzlichen Verbrechen, die Milosevic verantwortet, ist gerechtfertigt, und nichts darf verschwiegen oder bemäntelt werden. Aber jeder durch politische oder militärische Verantwortungsträger angedeutete Vergleich mit Hitler ist nicht nur historisch schief, sondern auch gefährlich. Das Entsetzen über Mord und Vertreibung auf dem Kosovo darf Unvergleichbares nicht angleichen, weil sonst aus einem moralischen Argument die sich selbst rechtfertigende Konsequenz einer nicht mehr beherrschbaren Eskalation militärischer Gewalt begründet werden könnte. Totaler Krieg und die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation hängen enger zusammen, als bei solchem Reden gelegentlich bedacht zu sein scheint.

Den Frieden wieder herstellen

Die Ziele der NATO und der Völkergemeinschaft sind klar, und das ist die Grundlage für die Teilnahme der Bundeswehr an diesen Aktionen. Wir wollen, daß der Frieden in der Region wiederhergestellt und die Rückkehr aller Vertriebenen in ihre Heimat in gesicherte Verhältnisse gewährleistet wird. Es reicht aber für die öffentliche Akzeptanz des militärischen Einsatzes nicht, diese Ziele nur zu proklamieren. Die Akzeptanz setzt vielmehr voraus, daß auch die Erreichbarkeit unserer Ziele plausibel vermittelt wird. Sonst wächst die Sorge der Menschen, man habe etwas angefangen, ohne das Ende zu kennen. Und darüber müssen wir reden.

Es muß auch drei Wochen nach Beginn der NATO-Aktionen klar sein, daß die militärische Entschlossenheit und die Geschlossenheit in der Unterstützung dieser Maßnahmen das eine ist, die Bereitschaft, zu jedem Zeitpunkt eine politische Lösung

im Sinne unserer Ziele zu suchen, aber das andere. Beides muß uneingeschränkt vorhanden bleiben und gehört im übrigen auch zusammen. Deshalb sind neue politische Initiativen unverzichtbar. Politische Lösungen werden ohne Beteiligung der Vereinten Nationen und damit auch Rußlands kaum zu erreichen sein. Das Treffen der amerikanischen Außenministerin Albright mit ihrem russischen Kollegen Iwanow in Oslo zeigt, daß die Diplomatie noch nicht abgedankt hat, auch wenn viele Fragen offen bleiben mußten.

Die Teilnahme des UN-Generalsekretärs Kofi Annan am Sondergipfel der EU gibt ebenfalls zu der Hoffnung Anlaß, daß es einen Weg gibt, Milosevic nicht nur mit militärischer Gewalt zum Einlenken zu bringen. Und ich begrüße ausdrücklich, daß sich auch die Bundesregierung als amtierender Ratspräsident verstärkt Gedanken macht über eine politische Lösung des Konflikts. Ich warne allerdings vor der naiven Annahme, Milosevic könne mit einer Art Vertrauensvorschuß dazu bewegt werden, seine verbrecherische Politik ethnischer Säuberungen aufzugeben. Er hat schon zu viele Ultimaten höhnisch verstreichen lassen.

Beim Wiederaufbau helfen

Wer eine politische Lösung erreichen will, die auch nur einigermaßen nachhaltig ist, darf keine Situation entstehen lassen, die Zweifel an der Ent- und Geschlossenheit des Westens entstehen ließe. Diese Ent- und Geschlossenheit ist vielmehr Grundvoraussetzung dafür, zusammen mit den Vereinten Nationen und Rußland zu einer Lösung zu kommen.

Je früher das Ziel einer gesicherten Rückkehr der Kosovaren in ihre Heimat durch militärische Entschlossenheit und politische Bemühungen erreicht werden kann, um so besser. Ich halte nichts davon, über

den künftigen Status des Kosovo öffentlich zu spekulieren, auch wenn ich mir nur schwer vorstellen kann, daß eine Realisierung des Rambouillet-Abkommens noch möglich ist. Aber eines scheint mir unabhängig davon unverzichtbar: Wenn die vertriebenen Menschen zurückkehren sollen und zurückkehren können, dann ist es die vorrangige Pflicht der Europäischen Union, diese Rückkehr durch ein umfassendes und wirksames Hilfsprogramm zum Wiederaufbau des Kosovo zu begleiten und zu unterstützen. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Bemühungen in diese Richtung zu verstärken.

Zum Abschluß möchte ich noch einmal zusammenfassen:

- **DIE CDU/CSU UNTERSTÜTZT** die deutsche Beteiligung an den NATO-Aktionen auf der Grundlage der Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und der Beschlüsse des Deutschen Bundestages.
- **WIR DANKEN** den Soldaten der Bundeswehr und der Streitkräfte unserer Verbündeten für ihren Einsatz und versichern sie und ihre Familien unserer Solidarität.
- **WIR UNTERSTÜTZEN** und begrüßen die Hilfe für die Flüchtlinge und Vertriebenen vor Ort. Wir sind bereit, bei gerechter europäischer Lastenverteilung vorübergehend auch bei uns insbesondere kranken Flüchtlingen und Kindern in begrenzter Anzahl Aufnahme und Zuflucht zu gewähren.
- **WIR WOLLEN** keine militärische Eskalation. Deshalb werden wir sorgfältig darauf achten, daß der Einsatz der deutschen Soldaten stets klar definiert und durch das Mandat des Deutschen Bundestages abgedeckt ist. Es dürfen keine Einsatzgrauzonen entstehen.

- **ZIEL ALLER OPERATIONEN** muß sein, den Frieden in der Region wiederherzustellen und die Rückkehr aller Vertriebenen in ihre Heimat in gesicherte Verhältnisse zu gewährleisten. Dabei geht es nicht um eine Veränderung von Einflußsphären auf dem Balkan.
- **UM BALDMÖGLICHST** das Leiden und Sterben im Kosovo zu beenden, sind neue politische Initiativen unter Beteiligung der Vereinten Nationen und damit auch unter Einschluß Rußlands unverzichtbar. Gleichzeitig muß die Europäische Union ein umfassendes und wirksames Hilfsprogramm zum Wiederaufbau des Kosovo entwickeln.

... damit Mord und Vertreibung keine Chance mehr haben

50 Jahre nach ihrer Gründung, die zugleich 50 Jahre gesicherter Frieden in Freiheit waren, steht die NATO heute vor einer neuen, einer schicksalhaften Herausforderung. Vertreibung, ethnische Säuberung und Völkermord mitten in Europa haben die NATO erstmals in ihrer Geschichte zum militärischen Handeln bewegt. Wir führen keinen Krieg, unsere Aktionen richten sich nicht gegen das serbische Volk.

Aber das Morden und die Vertreibungen im Kosovo dürfen wir nicht hinnehmen, als gingen sie uns nichts an. Für uns Deutsche ist die Beteiligung an den NATO-Aktionen einer der schwersten Schritte, die wir seit dem Zweiten Weltkrieg gegangen sind. Wir schulden ihm nicht zuletzt unserer Verantwortung vor der Geschichte.

Wir schulden ihm der Solidarität mit unseren Verbündeten. Und wir schulden ihm der Zukunft, damit Mord und Vertreibung keine Chancen mehr, Menschenrechte, Frieden und Freiheit hingegen alle Chancen haben.

Auf dem Weg in die Verantwortungsgesellschaft

Nicht fortgesetzte Parteilichkeit oder ideologische Positionen dienen dem Wohl einer Gemeinde, einer Stadt, der Demokratie überhaupt. So wichtig Parteien für die politische Willensbildung sind – diesem Wohl wird auf Dauer kein guter Dienst erwiesen, wenn sich die Politik in erster Linie oder gar ausschließlich an den Interessen einzelner Gruppen, Organisationen oder einer Partei orientiert. Unsere Demokratie lebt davon, daß Bürgerinnen und Bürger gestaltend an ihr teilhaben und ermutigt werden, Verantwortung zu übernehmen.

Selbstverständlich gehört zur Demokratie auch der Streit um den besseren Weg, nicht aber der andauernde Streit um der Profilierung willen, nicht die parteiische Auseinandersetzung um jede Sach- und Personalfrage, selbst dann, wenn das Interesse der Bürger etwas anderes nahelegen oder gar gebieten würden. Diese Art des politischen Handelns fördert eher die demokratieabträgliche Verdrossenheit an der Politik und den Politikern.

Große Herausforderungen stehen vor uns, Veränderungen in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft, deren Tragweite mit der ersten industriellen Revolution vergleichbar sind. Die Gesellschaft der Zukunft wird eine Informations- und Wissensgesellschaft sein. Wir sind nicht weit entfernt von dem Tag, an dem der Umgang mit Computern ebenso selbstverständlich sein wird wie heute der Besitz eines Führerscheines.

Nicht das symbolschwere Jahr 2000 ist die eigentliche Zeitenwende – die Zei-

tenwende, die unser Leben verändert, ist ein Prozeß, der längst begonnen hat. Die Dynamik des wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts konfrontiert unser Leben mit ökonomischen, politischen und ethischen Fragen neuer Art und mit konkreten Auswirkungen auf unser tägliches Leben.

Angst ist kein guter Ratgeber. Das gilt gerade angesichts der Herausforderungen der Zukunft. Glauben wir ausländischen Beobachtern, so scheint für wichtige Teile unserer Bevölkerung Angst die vorherrschende Reaktion auf neue Fragen.

Aus der Rede der Kandidatin von CDU und CSU für das Amt des Bundespräsidenten, Dagmar Schipanski, am 8. April in der Aachener Zukunftswerkstatt

tatsächliche oder vermeintliche Herausforderungen geworden zu sein. Diese Angst, die oft artikulierten Sorgen, werden im Ausland vielfach nicht verstanden. Dort sieht man unsere Möglichkeiten und Chancen, vor allem aber auch die Stabilität unseres Gemeinwesens realistischer.

Ich frage mich, ob die Überwindung der Europäischen und der deutschen Teilung, die zwei Seiten derselben Medaille sind, gelungen wäre, wenn 1989/90 Sorge und Ängstlichkeit vorgeherrschten hätten. Stattdessen haben der Freiheitswille Hunderttausender und in der Folge die Gestaltungskraft der politisch Verantwortlichen die Wiedervereinigung unseres Landes

herbeigeführt. Die Menschen haben in Deutschland bewiesen, daß wir selbst unüberwindbar scheinende Probleme bewältigen und die Weichen in eine gute Zukunft stellen können.

Verantwortung, Verantwortungsgefühl, das sind Ansprüche, Postulate, denen wir in Teilen der Gesellschaft allzu oft ausweichen. Sie werden vielleicht als lästig empfunden. Das Wort „Tugend“ habe ich in der gesellschaftlichen und politischen Diskussion schon sehr lange nicht mehr gehört - veraltet ist das, was damit gemeint ist, keineswegs. Wer wollte etwa die Tugend der Gerechtigkeit für unzeitgemäß oder verzichtbar erklären?

Es ist kein historischer Zufall, daß sich gleich der erste Abschnitt des Grundgesetzes den Grundrechten und der Freiheit widmet. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes zogen damit die notwendigen Konsequenzen aus dem nationalsozialistischen Unrechtsregime. Sie schufen eine Grundlage, die sich angesichts vieler Prüfungen und Herausforderungen über fünfzig Jahre bewährt hat. Es ist im übrigen die Ordnung, für die sich 1990 auch die Abgeordneten der einzigen frei gewählten DDR-Volkskammer mit überwältigender

Mehrheit entschieden haben, als es um die Wiedervereinigung Deutschlands ging.

Meine Lebenserfahrung zeigt mir, daß wir in Deutschland ein großes Potential an Bürgersinn und Nachbarschaftsgeist haben, und ich fühle mich gerade in den letzten Monaten durch meine Beobachtungen auf vielen Reisen in diesem Eindruck bestärkt. Ich habe die Zuversicht, daß



wir dieses Potential bisher keineswegs ausgeschöpft haben. Auch diese ideale „Ressource“ gilt es zu nutzen.

Wir müssen den jungen Menschen weiterhin und noch mehr helfen, und ich will diese Forderung nicht nur ideell begründen. Ein hoher Prozentsatz der sozial

Dagmar Schipanski erhält Burkhardt-Preis für wissenschaftliche Leistung

Die Ilmenauer Professorin und Unionskandidatin für das Bundespräsidentenamt, Dagmar Schipanski, erhält den Arthur Burkhardt Preis 1999. Mit dem Preis werden hervorragende Beiträge zum Brückenschlag zwischen Natur, Technik sowie Medizin und sozialem Denken gewürdigt, wie die Technische Universität (TU) Ilmenau mitteilte. Die Preisverleihung durch die Burkhardt Stiftung für Wissenschaftsförderung findet am 22. April in Stuttgart statt. Frau Schipanski hält den Festvortrag zum Thema „Deutsches Universitätsmodell im Zeitalter der Globalisierung“.

Niemals geht man so ganz ...“



Friedrich Claudius Schlumberger, Leiter der Hauptabteilung Organisation in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, verläßt das Konrad-Adenauer-Haus und geht als Generalsekretär nach Rheinland-Pfalz. Dafür, daß er „nicht so ganz geht“, sorgt – aus nordrhein-westfälischer Sicht – die Nähe des benachbarten Bundeslands, vor allem aber Schlumbergers auch weiterhin „unverbrüchliche Verbundenheit“ mit der Arbeit der Parteizentrale, selbst wenn diese ab Mitte nächsten Jahres ihre Adresse in Berlin hat. Der neue Landes-Generalsekretär tritt seinen Dienst in Mainz im Mai an – begleitet von den besten Wünschen der Bundes-Generalsekretärin Angela Merkel.

und politisch auffälligen jungen Leute haben keine Ausbildung. Ihr Fehlverhalten hängt zweifellos auch, ich betone auch, mit ihren schlechten Zukunftschancen zusammen. Hier vorzubeugen, ist ein Gebot der sozialen Verantwortung und der politischen Klugheit. Im übrigen gilt: Je mehr junge Leute wir gut ausbilden, und ihnen damit den Einstieg in den notwendigen lebenslangen Lernprozess ermöglichen, desto zukunftsfähiger wird unsere Arbeitswelt insgesamt werden.

Unterlassene ideelle und materielle Investitionen in Bildung und Ausbildung, von der Grundschule über die Berufsschule bis zur Universität, sind unterlassene Hilfeleistungen für die nächste Generation. Werden wir denn jenseits der Altersgrenze von der jüngeren Generation Solidarität einfordern können, wenn wir sie ihnen zuvor als aktiv Gestaltende verweigert haben?

Ob Rentenproblematik, Ausbildungssituation oder Arbeitslosigkeit – es gilt, daß die Bereitschaft zu individueller Verantwortung und der Bürgersinn eine kaum geringere Bedeutung für die Problemlösung haben als politische Grundsatzentscheidungen. Der soziale Ausgleich, für mich eine der Erfolgsvoraussetzungen für das so-

nannte „Wirtschaftswunder“ in der alten Bundesrepublik, war nicht auf dem Gesetzes- oder Verordnungswege allein herbeizuführen. Dazu bedurfte es nicht zuletzt partnerschaftlichen Denkens und eines fairen Umgangs, ohne daß Konflikte ausgeblieben wären. Auch daran sollten wir uns erinnern, wenn wir uns mit aktuellen und zukünftigen Aufgaben auseinandersetzen.

Wir stehen vor einer Zukunft, die Herausforderungen stellt, die uns aber ebenso unendlich viele Chancen bietet. Es sind Chancen, die viele Menschen vor unserer innereuropäischen Haustür zum Beispiel in weiten Teilen Osteuropas nicht haben. Nur wenige Flugstunden von hier, im Kosovo, kämpfen Menschen um das bloße Überleben.

Lassen Sie uns das angesichts so mancher Beschwerden nicht vergessen. Niemand hätte es nach den furchtbaren Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit für denkbar gehalten, daß solche Ereignisse in Europa noch möglich sein würden. Wir werden vor unseren eigenen moralischen Maßstäben nicht bestehen können, wenn wir nicht helfen. Das ist eine Frage unserer Politik, unseres Mutes und unserer Herzen. ■

Schröders Ergebnis markiert die Zerrissenheit der SPD

Zur Wahl von Gerhard Schröder zum SPD-Parteivorsitzenden erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:

Das Wahlergebnis für Gerhard Schröder zum Vorsitzenden der SPD ist katastrophal – und das in einer so schwierigen Lage von Partei und Regierung. Es offenbart die gesamte Zer-

rissenheit der Partei, die im Rahmen des Bundestagswahlkampfes noch vertuscht wurde. Mit der Wahl von Kanzler Schröder zum SPD-Parteivorsitzenden dürfte seine Strategie der Unverbindlichkeit immer schwieriger werden. So kann Deutschland nicht erfolgreich regiert werden.

Die Arbeitsmarktzahlen sind enttäuschend

Zur aktuellen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

All jene, die sich Hoffnungen auf einen nachhaltigen Frühjahrsaufschwung gemacht haben, werden von der aktuellen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt enttäuscht: Der Aufschwung läßt weiter auf sich warten. Die neuen Zahlen sind ernüchternd. Sie signalisieren Stillstand, denn der Rückgang bei den Arbeitslosen um gut 176.000 ist wohl ausschließlich auf saisonale Einflüsse zurückzuführen.

Höhere Arbeitslosigkeit

Von ihrem Versprechen, für mehr Arbeitsplätze zu sorgen und die Arbeitslosigkeit deutlich zu senken, ist die Bundesregierung damit so weit entfernt wie nie: Seit dem Regierungsantritt von Bundeskanzler Gerhard Schröder ist die Beschäftigung um 358.000 zurückgegangen und die Arbeitslosigkeit um gut 323.000 gestiegen.

Nach und nach wird deutlich, welche verheerende Wirkungen der schlingernde Kurs der Regierung Schröder auf den Arbeitsmarkt hat: Die dringend erforderliche Steuerreform ist im rot-grünen Umverteilungsfieber auf der Strecke geblieben. Beim Bündnis für Arbeit ist bislang noch nichts Greifbares herausgekommen. Es droht zu einem Bündnis zur Besitzstandswahrung zu verkommen. Statt strukturelle Reformen im sozialen Sicherungssystem einzuleiten, hat man mit der Rücknahme der sozialpolitischen Reformen Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch einmal kräftig zur Kasse gebeten und damit den Arbeitsmarkt belastet. Auch das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbständigkeit wird viele Arbeitsplätze vernichten. Die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse schnürt Motivationen ab.

Weniger Beschäftigung

All das wird nicht zu mehr, sondern zu weniger Beschäftigung und nicht zu weniger, sondern zu mehr Arbeitslosen führen.

Gegen Abschaffung des Ehegattensplittings

Zur anhaltenden Diskussion um das Ehegattensplitting erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hannelore Rösch:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wendet sich entschieden gegen die von Grünen und Sozialdemokraten geforderte Streichung des Ehegattensplittings. Dies wäre ein klarer Verstoß gegen unsere Verfassung, denn das Splittingverfahren ist eine am Schutzgebot des Artikels 6 Grundgesetz orientierte Besteuerung und verhindert die Benachteiligung sowohl der Ehen, in denen beide Partner erwerbstätig sind, als auch der Einverdienerehe.

Von der Abschaffung des Ehegattensplittings wären insbesondere Familien mit Kindern betroffen, in denen ein Elternteil wegen der Kindererziehung die Berufstätigkeit einschränkt oder auf sie

verzichtet. Die Streichung des Ehegattensplittings schränkt die Wahlfreiheit zwischen Haus- und Erwerbsarbeit entscheidend ein, denn die höhere Besteuerung des allein- oder überwiegend alleinvertienenden Ehepartners verringert das Familieneinkommen. Eine Streichung des Splittingvorteils diskriminiert also die familiäre Erziehungsarbeit und ist verfassungswidrig.

Nach den Vorstellungen von Rot-Grün sollen die Familien die Entlastungen, die das Bundesverfassungsgericht für sie eingefordert hat, durch die Abschaffung des Ehegattensplittings selbst finanzieren. Und wenn dann zur Begründung auf die Gleichbehandlung mit Geschiedenen verwiesen wird, macht dies einmal mehr deutlich, wie gestört das Verhältnis von Rot-Grün zum verfassungsrechtlich geschützten Institut Ehe ist.

Kommentare

Schwierige Aufgabe

Zu beneiden ist Hans Eichel nicht. Im Haushalt klafft eine zweistellige Milliardenlücke. Bis Juli muß Eichel entscheiden, wie er sie schließen will. Sparen, höhere Steuern oder mehr Schulden stehen zur Wahl – alles schwer durchzusetzen und mit schmerzhaften Nebenwirkungen behaftet. Nicht genug damit, hat das Bundesverfassungsgericht eine höhere Entlastung der Familien verlangt, was noch einmal ein Milliardenloch ins Budget reißen wird. Und dann ist da noch die versprochene Unternehmensteuerreform, von der die Wirtschaft eine Entlastung erwartet, die der Minister aber nicht gewähren kann.

Was er für den Krieg im Kosovo und die Folgen zahlen muß, weiß er noch nicht genau, aber auch da ist mit Milliarden zu rechnen.

Stuttgarter Zeitung

Zur Not Beleuchter

Wenn Schröder über Hans Eichel sagt, der tanze eben nicht wie Fred Astaire und sinne nicht wie Enrico Caruso, soll das nach Anerkennung für einen Grundsoliden, wenn auch schlechten Verkäufer seiner selbst klingen. Im Grunde ist es aber dem Starvermarkter Schröder recht so, denn: Einer wie Eichel wird ihm nicht das Licht nehmen; im Gegenteil, der treue Sozialdemokrat aus Nordhessen wird seinem Kanzler zur Not noch als Beleuchter dienen.

Rheinische Post

Anschlag auf die Häuslebauer

Zu den Plänen von Rot-Grün, die Einkommensgrenzen für die Gewährung der Eigenheimzulage zu senken, erklärte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerda Hasselfeldt:

Nach dem verunglückten Steuerentlastungsgesetz, der Einführung der Stromsteuer und der Anhebung der Mineralölsteuer plant die rot-grüne Regierungskoalition einen erneuten Zugriff auf den Geldbeutel der Bürger.

Zur Finanzierung der Wohngeldreform sollen die Einkommensgrenzen bei der Eigenheimzulage drastisch gesenkt werden. Förderhöchstgrenze sollen nach Vorstellung von Rot-Grün 180.000 bzw. 160.000 DM für Verheiratete sein. Im Vergleich zur bisherigen Regelung sind dies bis zu 80.000 DM pro Jahr weniger, in vielen Fällen das komplette Gehalt eines Ehepartners.

Damit wird der Traum von den eigenen vier Wänden für viele in noch weitere Ferne gerückt, als dies ohnehin schon durch den Wegfall des Vorkostenabzugs im Rahmen des sog. Steuerentlastungsgesetzes geschehen ist.

Betroffen durch die Kappung dieser Einkommensgrenzen sind die Famili-

en, die ein relativ gutes Familieneinkommen haben, nicht selten auch Doppelverdiener sind und auf diese Weise die teureren Grundstücke im Stadtbereich finanzieren können.

Folge dieser künftig kaum noch bezahlbaren Immobilien für Privatpersonen wird sein, daß eine Auswanderung in die Randbezirke und in das Umland erfolgt und die Städte abends nach Geschäfts- und Dienstschluß nahezu entvölkert sind. Begleiterscheinung unbelebter Innenstädte ist häufig das Ansteigen der Kriminalität und eine Verwahrlosung der Stadtgebiete.

Zudem haben die rot-grünen Pläne weitere erhebliche negative Auswirkungen auf die Bauwirtschaft. Viele Steuerbürger, ob verheiratet oder ledig, werden einmal mehr zu dem Ergebnis kommen, daß sie sich ein eigenes Haus oder Wohnung nicht leisten können. Auf diese Weise wird die Bautätigkeit ganz erheblich eingeschränkt, und der weitere Verlust von Arbeitsplätzen ist unausweichlich.

Die Union wird deshalb den neuen Anschlag auf den Geldbeutel der Bürger mit aller Macht bekämpfen.

Teilzeit ist in Deutschland weiblich

Teilzeitjobs in Deutschland sind überwiegend von Frauen besetzt. 87 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten seien weiblich, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden unter Berufung auf den jüngsten Mikrozensus mit. Gut jede dritte Beschäftigte (36 Prozent) sitzt danach bundesweit nicht auf einer vollen Stelle, während es bei den Männern nur vier Prozent sind. Insgesamt arbeiteten damit 18,5 Prozent der Arbeitnehmer nicht vollzeit. In Westdeutschland war es jeder fünfte, in den neuen Bundesländern waren es zwölf Prozent der Beschäftigten.

99er Haushalt durch Bundeswehr-Einsatz stark beeinflußt

Zur aktuellen Zwischenbilanz der Beratungen des Haushalts 1999 im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:

Deutlich über eine Milliarde Mark dürften die Bundeswehr-Einsätze zur Friedenssicherung und -schaffung und zur humanitären Hilfe in diesem Jahr kosten. Darin ist die „Nachbeschaffung“ von Munition noch nicht einmal enthalten. Dies dürfte bei den fast abgeschlossenen Haushaltsberatungen erheblichen Einfluß auf die Einzelpläne 14 und 60 (Verteidigung und Allgemeine Finanzen) haben.

Die bisherigen Beratungen zum Haushalt 1999 im Haushaltsausschuß haben bestätigt, daß Rot-Grün nicht nur im Bereich der Steuerpolitik unbeherrschbar ist, sondern auch beim Bundeshaushalt ideologisch motiviertem Vorgehen den Vortritt läßt. Im Bereich der Haushaltspolitik, insbesondere im Bereich der Sozialpolitik, wird weiter an den Symptomen der Wachstumschwäche Deutschlands, besonders der Arbeitslosigkeit, herumgedoktert. Die Möglichkeiten des Haushalts zur Unterstützung einer Trendumkehr bei der Wirtschaftsentwicklung werden nicht genutzt. Im Bereich der Verteidigungsausgaben stecken die rot-grünen Haushaltspolitiker den Kopf in den Sand.

Die Union hatte in den Beratungen, die am 22. April mit der Bereinigungssitzung abgeschlossen werden, vorgeschlagen, die konsumtiven Ausgaben zu begrenzen, insbesondere den Zweiten Arbeitsmarkt nicht weiter aufzublähen und die frei werdenden Mittel sowohl zum Defizitabbau als auch zur Stärkung der investiven Ausgaben zu

verwenden. Rot-Grün hat alle diese Vorschläge niedergestimmt! Falsche Vorgaben aus der jetzt erhobenen neuen Energiesteuer und den höheren Rentenzuschüssen wachsen sich zu kaum noch beherrschbaren Zukunftsbelastungen aus.

Für den noch vor der Sommerpause vorzulegenden Haushaltsentwurf für das Jahr 2000 bedeutet dies, daß sich die Konsumlastigkeit des Haushalts weiter verstärken, das strukturelle Defizit weiter wachsen und vermutlich – abhängig von den konkreten Ergebnissen der bevorstehenden Steuerschätzung – auch die Nettokreditaufnahme weiter ansteigen wird.

Kraftvolle Sparanstrengungen, die die Mindereinnahmen infolge der ersten Stufe des Familienleistungsausgleichs auffangen würden, sind nicht erkennbar. Mit schematischen Kürzungen um jeweils 0,5 Prozent in den Einzelplänen wurden bisher zwar 1,7 Mrd DM eingespart; hiervon stammen aber 875 Mio DM aus sogenannten Schätztiteln. Statt konkreter Sparmaßnahmen werden von den rot-grünen Haushaltspolitikern neue globale Minderausgaben von fast einer Milliarde beschlossen.

Aufgrund der rot-grünen Beschlüsse im Haushaltsausschuß bleibt es deshalb dabei, daß

● **im Einzelplan 11** der Zweite Arbeitsmarkt massiv (um rd. 6 Mrd DM) ausgeweitet und die Zuschüsse für den Bereich Alterssicherung um zweistellige Milliardenbeträge erhöht werden, wobei alle Ansätze der früheren Regierung, die strukturellen demographischen Probleme der Alterssicherungssysteme langfristig anzugehen, aufgegeben wurden,

● **im Einzelplan 30** entgegen allen vollmundigen Modernisierungskündigungen

900 Mio. DM Steuern ohne Grund erhoben

Rot-Grün kassiert die Bürger ab. Seit einer Woche müssen wir sogenannte Öko-Steuern zahlen. Bei einem geschätzten Gesamtaufkommen von 8,4 Mrd. DM im Jahr haben die Bürger tagtäglich 30 Mio. DM, d.h. bislang 210 Mio. DM gezahlt. Bis Ende des Monats werden es 900 Mio. DM sein.

Und dies alles ohne ausreichende Rechtsgrundlage: Das angeblich zum 1. April in Kraft getretene Öko-Steuer-gesetz ist unwirksam. Denn es fehlt die Zustimmung der EU-Kommission aus Brüssel, die dieses Thema nicht auf die Tagesordnung ihrer letzten Sit-

zung vor Ostern gesetzt und eine Entscheidung erst für Ende April avisiert hat. Solange aber die Kommission nicht zustimmt, verstößt das Öko-Steuer-gesetz gegen das im EG-Vertrag enthaltene Subventionsverbot und darf keine Wirkung entfalten.

Michael Luther, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Bundesregierung hat es damit versäumt, rechtzeitig zum 1. April ein korrektes Einvernehmen mit Brüssel zu erreichen. Ein weiteres Trauerspiel im europapolitischen Handeln von Rot-Grün.

über 70 Mio DM in besonders zukunfts-trächtigen Forschungsbereichen gekürzt und damit die Gesamtausgaben im Einzelplan unter 15 Mrd DM gedrückt werden,

● **im Einzelplan 9** zusätzlich zu den Belastungen des Mittelstands aus der Steuerreform die Ausgaben zur Förderung des Mittelstands, insbesondere bei der Aufstiegsfortbildung, um (im Saldo) über 80 Mio DM gekürzt werden, während die Koalition der Mut zu Kürzungen bei den Kohle-Subventionen schon im Vorfeld verlassen hatte,

● **im Einzelplan 10** parallel zu den Belastungen der deutschen Bauern aufgrund der Agenda 2000 zusätzlich knapp 60 Mio DM (im Saldo) an strukturbedingt erforderlichen Beihilfen und Zuschüssen gestrichen werden (allein der Zuschuß zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung wurde um 115 Mio DM gekürzt),

● **im Einzelplan 12** unseren die Investitionen stärkenden Vorschlägen, z.B. beim Straßen- und Städtebau, nicht gefolgt, sondern statt dessen die bereits im Haushaltsentwurf enthaltenen Kürzungen noch

übertroffen (minus 240 Mio DM bei Investitionen) wurden,

● **im Einzelplan 14** die Unterveranschlagung, insbesondere hinsichtlich der Einsätze der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien, nicht beseitigt, sondern angesichts der jetzt zu erwartenden Ausgaben für den Kosovo-Einsatz noch weiter erhöht wurde (insgesamt inzwischen über 1 Mrd DM). Hier wurde mit Erbsenzähler-Mentalität gespart; Minister Scharping fehlen – abgesehen vom Kosovo-Einsatz – nun mindestens 750 Mio DM. Der Widerstand gegen die vom Parlament beschlossenen Einsätze wird über die Finanzen fortgesetzt. Diese Liste ließe sich weiter fortsetzen.

Bei der Diskussion um den Haushalt der Deutschen Welle konnte man sich des Eindrucks kaum erwehren, daß die besonders von Staatsminister Naumann verfochtenen Kürzungen auch der politischen Disziplinierung der redaktionellen Arbeit des Senders und der Person des Intendanten dienen. ■

Agenda 2000

Völlig unzureichendes Ergebnis

Zu den Ergebnissen der Sondertagung des Europäischen Rates vom 24./25. März in Berlin erklärten die stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe und Horst Seehofer, vor der Bundes-Pressekonferenz in Bonn:

Mit der Agenda 2000 hatte sich die Europäische Union drei zentrale Ziele gesetzt: erstens sollte durch eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Strukturpolitik die Union in ihren wichtigsten Aufgabenfeldern effizienter gestaltet und für die vor ihr liegenden Zukunftsaufgaben gestärkt werden; zweitens sollte das Reformpaket die Union in ihren inneren Politiken und in der mittelfristigen Finanzierung zu einer erfolgreichen Bewältigung der Osterweiterung befähigen; drittens ging es schließlich darum, die Beitragslasten zwischen den Mitgliedstaaten gerechter zu verteilen und die unverhältnismäßige Inanspruchnahme einzelner Mitgliedstaaten bei der Finanzierung der Europäischen Union, insbesondere auch der Bundesrepublik Deutschland, zu korrigieren.

Nachdem die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihrer ersten Bewertung im Rahmen der Bundestagsdebatte am 26. März (Rede Wolfgang Schäuble) – auch im Licht der unzureichenden Informationen durch die Bundesregierung – mit ihrer Kritik am Ergebnis des Berliner EU-Gipfels noch zurückhaltend war, müssen Analyse und Bewertung heute, nachdem die Schlußfolgerungen schriftlich vorliegen und mehr und mehr Einzelheiten zum Ergebnis bekannt werden, deutlich negativer ausfallen: Der Berliner EU-Gipfel hat keines der o.g. Ziele auch nur annähernd erreicht,

Fehlentwicklungen in den zentralen Feldern der Agrar- und Strukturpolitik wurden nicht gestoppt, sondern zum Teil zementiert. Die Osterweiterung wird hierdurch erschwert. Es gibt keinen gerechteren Lastenausgleich bei der Beitragsfinanzierung der EU. In der Strukturpolitik wurden für eine Reihe von Mitgliedstaaten neue Fördertatbestände geschaffen, um die Zustimmung zum Gesamtpaket zu sichern.

Angesichts dieses Ergebnisses ist es aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion klar, daß die Reformbeschlüsse von Berlin zur Agenda 2000 keinen Bestand haben werden und nachgebessert werden müssen. Das zeigen auch Aussagen aus der Bundesregierung, z.B. von Staatsminister Verheugen, der unmittelbar nach dem Berliner Gipfel von notwendigen Anpassungen bei der Agenda 2000 sprach – nicht nur mit Blick auf die WTO, sondern auch auf die Osterweiterung der Europäischen Union. CDU und CSU halten aber gerade eine baldige Osterweiterung für wünschenswert, denn sie liegt im zentralen Interesse der Bundesrepublik Deutschland. Das Berliner Verhandlungsergebnis hat dies jedoch nicht leichter, sondern schwerer gemacht.

Zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik

Die Berliner Beschlüsse zur künftigen Agrarpolitik der Europäischen Union sind völlig unbefriedigend. Sie bedeuten im Ergebnis mehr Bürokratie, sinkende Einkommen und eine weiter steigende Abhängigkeit der Landwirte von Beihilfen und Subventionen. Um die von den EU-Finanzministern festgelegte Obergrenze von 40,5 Mrd. Euro pro Jahr einhalten zu

können, wurden die kostenträchtigen und im übrigen falschen Teile der Agrarreform in der finanziellen Vorausschau einfach gestreckt oder an das Ende verschoben – so soll z.B. die 15 %ige Preissenkung bei Milch erst ab dem Wirtschaftsjahr 2005/6 in Kraft treten, und die 15 %ige Preissenkung für Getreide wird in zwei gleichen Stufen von je 7,5 % über die Wirtschaftsjahre 2000 bis 2002 gestreckt. Der falsche Ansatz der Agrarreform zeigt sich damit auch darin, daß ihre zeitgerechte Realisierung unfinanzierbar ist.

Daß der Agrarhaushalt generell mit erheblichen Haushaltsrisiken belastet ist, belegt auch die Aufforderung des Europäischen Rates von Berlin an Kommission und Rat, weitere Einsparungen anzustreben, damit die Gesamtausgaben im Zeitraum 2000 bis 2006 im Jahresdurchschnitt nicht höher als 40,5 Mrd. Euro liegen.

Das in Berlin beschlossene Agrarpaket bedeutet steigenden Preisdruck für die Landwirte und – im Milch- und Rindfleischsektor – eine völlig widersinnige Ausweitung der Produktionsmengen. Notwendig ist stattdessen eine Agrarpolitik der strikten Mengenbegrenzung und ein Einstieg in die Kofinanzierung. Mit dem Verzicht auf den Einstieg in die Kofinanzierung der Agrarbeihilfen aus den nationalen Haushalten wurde zudem – gegen die ausdrückliche Forderung der Bundesländer und der Mehrheit des Deutschen Bundestages – die große Chance vergeben, die Agrarausgaben zu verringern, ohne Tausende von Landwirten mit existenzbedrohenden Einkommensverlusten zu konfrontieren. Die Kofinanzierung hätte darüber hinaus die gemeinsame Agrarpolitik auch in der Perspektive einer baldigen EU-Erweiterung finanzierbar gehalten.

Zur Reform der Strukturpolitiken

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich wiederholt für eine Reform der Struktur- und Regionalförderung ausgespro-

chen, welche die verfügbaren Finanzmittel auf die Regionen mit dem höchsten Entwicklungsbedarf konzentriert, zugleich aber den Mitgliedstaaten ein höheres Maß an Eigenverantwortung zuweist – vor allem dort, wo ganze Regionen aus der Strukturförderung der Europäischen Union herausfallen.

Die Berliner Beschlüsse zur Reform der Strukturpolitik werden dieser Zielsetzung nicht gerecht.

Deutschland verliert insbesondere bei der Ziel-Zwei-Förderung (Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung von Gebieten mit strukturellen Schwierigkeiten) mit einem Drittel überproportional große Teile seiner bisherigen Förderkulisse, ohne daß im Gegenzug ausreichende Spielräume eingeräumt worden wären, diese Gebiete künftig nach der nationalen „Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ unterstützen zu können. Die Bundesregierung ist im Vorfeld von Berlin wiederholt aufgefordert worden, dieses Ziel bei den Verhandlungen mit Nachdruck zu vertreten und entsprechende Initiativen, beispielsweise zum Verbleib der besonders benachteiligten grenznahen Räume in der Ziel-Zwei-Förderung, aktiv zu vertreten. Sie hat dieses ureigene nationale Interesse in Berlin offenbar überhaupt nicht verfolgt. Dies ist um so befremdlicher, als sie gleichzeitig zugestimmt hat, daß in der europäischen Strukturpolitik nicht weniger als 13 Sondertatbestände zur besonderen Förderung bestimmter Regionen oder Mitgliedstaaten in Europa neu vereinbart wurden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kritisiert auch, daß sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Berlin nicht auf die notwendigen Korrekturen bei der Kohäsionsförderung verständigt haben. Der Kohäsionsfonds wurde beim Europäischen Rat in Maastricht im Paket mit der gemeinsamen europäischen Währung beschlossen – sein politischer Sinn lag nicht

darin, einen neuen Fonds für Strukturförderung einzurichten, sondern wirtschaftlich weniger entwickelten Mitgliedstaaten die Qualifizierung für die Teilnahme am Euro zu ermöglichen. Davon ist in den Berliner Schlußfolgerungen nicht mehr die Rede, im Vordergrund steht statt dessen das 90 %-Kriterium beim Pro-Kopf-Brutto-sozialprodukt als wichtigste Anspruchsvoraussetzung. Die Fortsetzung der Kohäsionsförderung mit immerhin 18 Mrd. Euro im Förderzeitraum 2000 bis 2006 auch für Teilnehmerländer der Währungsunion entkoppelt diese von ihrem politischen Sinn und verstärkt so die Tendenz zur Transferunion. Es werden zudem beträchtliche Finanzmittel gebunden, die für das politisch vorrangige Ziel der Erweiterung der Europäischen Union nicht zur Verfügung stehen. Deutlich am Verhandlungsziel vorbei geht auch die Vereinbarung einer Effizienzreserve als einer Art strukturpolitischer Verfügungsfonds für die EU-Kommission.

Zur Reform der Eigenmittel und Korrektur der Haushaltsungleichgewichte

Nach den Berliner Beschlüssen zur Veränderung des Eigenmittelsystems der Europäischen Union wird sich die ungerechte hohe deutsche Nettozahlerposition gegen den Trend der zurückliegenden Jahre zunächst weiter verschlechtern. Auch wenn durch die Verringerung des Gewichts der Mehrwertsteuerabführungen im Jahr 2002 und im Jahr 2004 um je 25 % eine stärkere Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten erzielt wird, wird Deutschland insgesamt nicht spürbar entlastet.

Im Gegenteil: in den Jahren 2000 und 2001 ist eher noch ein Anstieg der Nettobelastung zu erwarten. Denn die Verringerung des Gewichts der Mehrwertsteuerabführungen wird sich erst ab dem Jahr 2002

mit 150 Mio. Euro und die Kürzung der deutschen Finanzierungsanteile am Großbritannien-Rabatt mit weiteren 350 Mio. Euro auswirken. Auch wenn die jährliche Ersparnis für Deutschland bis zum Jahr 2006 auf ca. 670 Mio. Euro ansteigt – im Gesamtzeitraum vom Jahr 2002 bis zum Jahr 2006 ergibt sich eine Gesamtentlastung 2,8 Mrd. Euro –, werden damit nicht einmal die höheren Zahlungen Deutschlands aufgrund der jährlichen Haushaltssteigerungen ausgeglichen.

Dies ist keine Trendumkehr, sondern die Zementierung der bisherigen Haushaltsungleichgewichte bzw. Festschreibung der strukturellen Ungerechtigkeiten im Beitragssystem zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland und anderer Nettozahler.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist jedoch überzeugt, daß die Frage der Eigenmittel so lange auf der europäischen Tagesordnung bleiben wird, bis der Beitrag von den Bürgern und Steuerzahlern in ganz Europa als gerecht angesehen werden kann.

Welches Fazit zieht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion?

Beim Europäischen Rat in Berlin ging es nicht mehr um die großen Richtungsentscheidungen in Europa – diese wurden in den 80er und 90er Jahren erfolgreich auf den Weg gebracht. Mit der Agenda 2000 standen vielmehr zentrale Fragen des Innenausbaus des Europäischen Hauses auf der Tagesordnung. Nur tiefgreifende und umfassende Reformen stärken die Europäische Union nach innen und außen, machen sie in ihren zentralen Politiken effizienter und schaffen die Grundlage für ein Gelingen der Osterweiterung. So gesehen ist Bundeskanzler Schröder mit leeren Händen aus Berlin zurückgekehrt. Das Berliner Verhandlungsergebnis wird weder den deutschen noch den gesamteuropäischen Interessen gerecht. Eine Regierung unter Helmut Kohl hätte erfolgreicher verhandelt. ■

Trittins Schikanen stoppen

Zur erneuten Ankündigung von Umweltminister Trittin, Tempolimits bei Sommer-Smog einzuführen, erklärte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer:

Ich bin für ein umweltbewußtes Verhalten im Straßenverkehr. Ich lehne dagegen Vorschläge ab, die zu unsinnigen Schikanen führen. Trittins Vorschläge werden auch durch ständiges Wiederholen nicht sinnvoller.

Unsinnig ist die Begründung, mit der Minister Trittin neue Regelungen einführen will. So erklärt er, die aktuellen Bestimmungen für Fahrverbote seien überholt, weil es die Autos, die davon betroffen wären, kaum noch gibt. Deshalb will er neue Sommersmog-Grenzwerte, die weit unter der zukünftig europaweit geltenden Alarmschwelle von 240 g/m³ liegen sollen.

Unsinnig ist seine Forderung, dann Geschwindigkeitsbegrenzungen ein-

führen, für Pkw und Motorräder auf 80 km/h auf Landstraßen und 100 km/h auf Autobahnen, für Busse, Lkw und Gespanne auf 50 km/h auf Landstraßen und 60 km/h auf Autobahnen. Daß solche Beschränkungen gerade in der Urlaubszeit auf unseren Straßen Staus über Staus bedeuten würden, kann sich jeder selbst ausmalen. Für die Umwelt eine zusätzliche Belastung.

Die Autos auf unseren Straßen sind mittlerweile weitgehend emissionsreduziert. Unsere Autofahrer haben bereits viel geleistet und leisten noch viel für die Umwelt: die Ausstattung der Fahrzeuge mit Katalysator, das bleifreie Benzin, die emissionsbezogene Kfz-Steuer, jetzt auch noch die Öko-Steuer. Diese Leistungen sollten anerkannt werden, statt in verbohrtter unrealistischer grüner Ideologie weiter nach neuen Regelungen zu suchen, wie die Umweltpolitik als Waffe gegen das Auto erhalten kann.

Zahl der Abiturienten weiter angestiegen

327.600 Schülerinnen und Schüler haben im Schuljahr 1997/98 die Fachhochschul- und Hochschulreife erlangt. Dies sind 1,3 Prozent mehr als im Vorjahr.

Damit hat sich ein seit 1994 bestehender Trend fortgesetzt. Seitdem hat sich die Zahl der Abiturienten insgesamt um 12,9 Prozent erhöht. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen Ost und West. In den neuen Bundesländern nahm die Abiturientenzahl seit 1994 um 46,3 Prozent und in den alten

Ländern um 6,9 Prozent zu. Die Zahl der Schüler mit Fachhochschulreife stieg im vergangenen Jahr um 8,4 Prozent auf 83.012. Die allgemeine Hochschulreife schafften hingegen 0,9 Prozent weniger als im Vorjahr; die Zahl der Absolventen lag bei 244.612. Insgesamt bestanden 1998 mehr Frauen als Männer die Abiturprüfung: Ihr Anteil lag bei 52,4 Prozent. Im Osten Deutschlands waren sogar 59,1 Prozent der Abiturienten Frauen, im Westen 50,8 Prozent.

Hennenhaltungsverordnung

Funke schlägt Haken und „eiert“ herum

Anläßlich der Verhandlungen des Bundesverfassungsgerichtes am 13. April über die Rechtmäßigkeit der Hennenhaltungsverordnung erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Heinrich-Wilhelm Ronsöhr:

Auch populistische Sprüche in der Politik haben kurze Beine: Dies muß jetzt Bundeslandwirtschaftsminister Funke angesichts der Verhandlung des Bundesverfassungsgerichtes zur Legehennenhaltungsverordnung erfahren. Weit weg von der Verantwortung, in seiner Funktion als niedersächsischer Landwirtschaftsminister und vor der Bundestagswahl, hat er von hoher moralischer Warte aus die Käfighaltung von Legehennen mit aller Entschiedenheit verurteilt und verworfen.

Jetzt, als zuständiger Minister für diese Problematik, hat ihn die Macht des Faktischen eingeholt, denn nun plötzlich verteidigt er mit Verweis auf das EU-Recht die Legehennenhaltungsverordnung. Diese hohe Kunst des Hakenschlagens und des Herum„eier“ns ist aber leider typisch für Herrn Funke. Sonst wirkt sich dies nur in der Agrarpolitik aus, diesmal sind aber auch die engagierten Tierschützer damit konfrontiert.

Minister Funke weist zu Recht darauf hin, daß Alleingänge beim Tierschutz in der Europäischen Gemeinschaft falsch sind, und daß man nur Erfolg hat, wenn man EU-weite Verbesserungen im Tierschutz erreicht. Unverständlicherweise unterstützt er aber den Antrag von Rot-Grün zur Aufnahme des Tierschutzes in die Verfassung, wo gefordert wird, daß Tiere „vor nicht artgemäßer Haltung“ geschützt werden. Damit läuft er aber Gefahr, daß „artgerecht“ vom Verfassungsgericht definiert wird und somit sowohl die Kompetenz des Ministers als auch vor allem die des Parlamentes beschnitten wird.

Klare Linie einhalten

Mit jeder gerichtlichen Entscheidung wäre aber der Weg zu einer einheitlichen EU-Regelung weitaus schwieriger. Herr Funke sollte beim Tierschutz zu einer klaren Linie finden und nicht den Eindruck erwecken, nicht mehr Herr seiner Versprechungen zu sein.

Ich fordere ausdrücklich dazu auf, weitere Verbesserungen beim Tierschutz auf europäischer Ebene durchzusetzen, damit ein Mehr an Tierschutz nicht zu einem Weniger an Wettbewerbsfähigkeit führt.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Euro: Stabil, solide, sicher

Der Euro ist erfolgreich. Er behauptet sich als neue starke Währung auf den Finanzmärkten. Die CDU hat entscheidenden Anteil an der Stabilitätskultur in Deutschland und Europa:

- Der Stabilitäts- und Wachstumspakt verpflichtet die Teilnehmer zur strikten Haushaltsdisziplin. Unsolides Haushalten wird mit harten Strafen belegt.
- Die europäische Zentralbank ist nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank unabhängig und vorrangig der Stabilität des Euro verpflichtet. Bilanz: Zinsen und Inflation liegen heute in Europa so günstig wie nie zuvor.

Vorteile:

- **FÜR DIE UNTERNEHMEN:** verbesserte Wettbewerbsfähigkeit. Die Kosten der Absicherung gegen Wechselkursrisiken entfallen. Unternehmen können sicher und verlässlich planen. Der Binnenmarkt kann damit seine ganze Kraft entfalten.
- **FÜR DIE BÜRGER:** sichere Arbeitsplätze. Aufwertungstendenzen der DM oder spekulative Abwertungen im EU-Raum, die

zu einer Verteuerung deutscher Produkte für das Ausland führen, entfallen. Die Verbraucher profitieren von einer starken Kaufkraft.

Die Erfolge dürfen nicht gefährdet werden. Die Politik der Schröder-Regierung, mehr Geld auszugeben und den Schuldenabbau zu verzögern, lehnt die CDU entschieden ab. Höhere Staatsausgaben und mehr Schulden gehen zu Lasten der Bürger und Unternehmen. Die Schröder-Regierung ist aufgefordert, den Spar- und Konsolidierungskurs der früheren CDU-geführten Bundesregierung konsequent fortzusetzen. Die CDU hat die Erfolge erst möglich gemacht. Unsere sparsame und solide Haushaltspolitik war und ist Garant für eine Politik für die Menschen, für weniger Steuern und mehr Beschäftigung, für eine sichere und harte Währung.

Darum bei der Europawahl am 13. Juni: CDU wählen.

Europa muß man richtig machen!

Romano Prodi verdient das Vertrauen des Europäischen Parlaments

Romano Prodi, der voraussichtlich zukünftige Präsident der Europäischen Kommission, verdient das Vertrauen des Europäischen Parlaments, erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering**. Nach der Vorstellung Prodis in der EVP-Fraktion erklärte Pöttering, Prodi sei als Persönlichkeit überzeugend und habe die

richtige europäische Perspektive. Von Romano Prodi müsse erwartet werden, daß er nach seiner Wahl im EP seinen „entschlossenen Beitrag für eine politisch ausgewogene Kommission leisten wird“. Die Mitglieder der Kommission werden „im Einvernehmen“ mit den nationalen Regierungen „benannt“. Die gesamte Kommission braucht die Zustimmung des Europäischen Parlaments.

Zur Fortentwicklung der Europäischen Union

Die Zielsetzungen für die Fortentwicklung der Europäischen Union

- Die Zielsetzungen der Europäischen Einigungspolitik werden durch die primärrechtlichen Verträge - von den Römischen Verträgen bis zum Amsterdamer Vertrag - bereits festgelegt. Dabei ist das Hauptziel die Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas.
- Die Europäischen Verträge regeln zugleich die Kompetenzverteilung zwischen der Europäischen Ebene und den Mitgliedstaaten und definieren die Werteordnung in der Union. Insofern bilden die Europäischen Verträge bereits heute die materielle Verfassungsordnung der Europäischen Union.
- Die Europäischen Verträge haben jedoch durch ihre Fortschreibung mittels Regierungskonferenzen und den dabei ständig getroffenen Kompromißlösungen an Transparenz und Systematik verloren. Es ist dringend geboten, die Kompetenzen, Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Europäischen Union gerade für die Bürger transparent und nachvollziehbar neu zu ordnen.
- Diese Aufgabe kann durch die Erarbeitung und Verabschiedung einer Europäischen Vertragsverfassung* geleistet werden.
- Eine Europäische Vertragsverfassung empfiehlt sich insbesondere auch im Hinblick auf die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union. Einerseits müssen die Bürger der beitragswilligen Länder wissen, welche Werte- und Institutionenordnung die Europäische Union verkör-

pert, andererseits braucht die Union den festen Rahmen einer Vertragsverfassung, um mit einer größeren Anzahl von Mitgliedstaaten handlungsfähig zu bleiben.

Die Inhalte der Europäischen Vertragsverfassung

- Die Vertragsverfassung muß die Ordnungsprinzipien, auf denen die Europäische Union mit ihrer Europäischen Ebene und den sie tragenden Mitgliedstaaten beruht, fortentwickeln, um eine bürgernahe, demokratische und handlungsfähige Union zu verwirklichen.

Beitrag der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament zur Europäischen Verfassungsdiskussion

- Die wesentlichen Ordnungsprinzipien der Union sind:
 - ▶ der Wille der Mitgliedstaaten, über den einzelnen Staat hinausgehende Sachprobleme durch gemeinschaftliches Handeln zu lösen (Unionsgedanke)
 - ▶ der Wille der Mitgliedstaaten, ausschließlich auf der Grundlage homogener demokratischer Strukturen und des Schutzes der bürgerlichen und politischen Rechte als Union tätig zu werden (Rechtsgemeinschaft) sowie
 - ▶ der Wille der Mitgliedstaaten, das Gemeinschaftsrecht unmittelbar und mit Vorrang vor mitgliedstaatlichem Recht gelten zu lassen (Supranationalität).
- Die Europäische Vertragsverfassung muß für die Bürger klar und transparent

*Aus den Reihen der CSU-Mitglieder ist der Begriff „Grundvertrag“ vorgeschlagen worden.

die Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Ebene und den Mitgliedstaaten abgrenzen und so die Verantwortlichkeiten eindeutig regeln.

● Die Kompetenz für die Zuordnung der Kompetenzen zwischen der Europäischen Ebene und den Mitgliedstaaten liegt primär bei den Mitgliedstaaten.

● Im Rahmen der Kompetenzverteilung muß nach Sachgebieten zugeordnet werden, welche Zuständigkeiten bei den Mitgliedstaaten angesiedelt sein sollen sowie welche Zuständigkeiten konkurrierende Kompetenzen und welche Zuständigkeiten ausschließliche Kompetenzen der Union sein sollen.

● Bei den Entscheidungen über die Ausübung der konkurrierenden Zuständigkeiten ist das Subsidiaritätsprinzip als Regel der Kompetenzzusammenfassung in jedem Einzelfall strikt anzuwenden.

● Auf der Europäischen Ebene müssen die Entscheidungsverantwortlichkeiten zwischen den Europäischen Institutionen eindeutig festgelegt werden sowie Parlament und Rat gleichberechtigte Gesetzgeber sein.

● Die demokratische Struktur der Europäischen Ebene beinhaltet, daß das Mitsprache- und Stimmrecht jedes einzelnen Bürgers in der Union im Grundsatz gleichgewichtig wird. Deshalb darf die Zielsetzung, daß die kleineren Völker angemessen vertreten sein sollen, nicht auf Dauer das Gebot der Proportionalität der Vertretung der Bürger der Europäischen Union im Europäischen Parlament über das notwendige Maß hinaus beeinträchtigen.

● Die demokratische Struktur der Europäischen Ebene beinhaltet ferner, daß die Mitgliedstaaten im Rat in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Größe repräsentiert werden. Deshalb ist die Stimmgewichtung im Rat so zu regeln, daß eine abgestufte, aber die Größe des Mitgliedsstaates ausgleichend berücksichtigende Repräsentanz der Mitgliedstaaten hergestellt wird.

● Die Europäische Vertragsverfassung muß einen Grundrechtskatalog enthalten. Die bereits in den Europäischen Verträgen enthaltenen sowie die durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof entwickelten Grundrechte sind für die Bürger kaum erkennbar und nicht ausreichend. Die Rechte und Pflichten der Bürger und die Verpflichtung der Europäischen Institutionen, die Grundrechte zu schützen und zu bewahren, müssen eindeutig definiert werden.

● Die Grundrechte müssen über eine Grundrechtsbeschwerde beim Europäischen Gerichtshof für die Bürger direkt einklagbar sein.

Der Weg zur Europäischen Vertragsverfassung

● Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten haben die gemeinsame Verantwortung für die Verabschiedung der Europäischen Vertragsverfassung.

● Das im Juni 1999 neugewählte Parlament und die Mitgliedstaaten sollen daher gemeinsam eine Gruppe anerkannter Verfassungsrechtler beauftragen, auf der Grundlage der drei Verfassungsentwürfe aus dem Europäischen Parlament* bis zum 31. Dezember 2000 einen Vorschlag für die Europäische Vertragsverfassung zu erarbeiten.

● Nach Erörterung im Europäischen Parlament und in den Mitgliedstaaten sollen Parlament und Rat die Europäische Vertragsverfassung gemeinsam verabschieden ■

*)Entschließungsantrag gem. Art. 47 der Geschäftsordnung, eingereicht von Rudolf Luster/EVP und anderen über die Ausarbeitung einer Europäischen Verfassung vom 26. September 1983 (PE 86 372/rev.); Bericht über den Vorentwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union vom 19. Dezember 1983, Berichtersteller: Altiero Spinelli (PE 87 000/ endg./A); Zweiter Bericht des Institutionellen Ausschusses vom 9. Februar 1994 über die Verfassung der Europäischen Union, Berichtersteller: Fernand Herman/EVP (A3-0064/94).

Werben für Europa

Vom Marshallplan zum Euro. Politische Plakate aus 50 Jahren

„Werben für Europa“ heißt eine jetzt der Öffentlichkeit vorgestellte Ausstellung aus dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Sie zeigt auf 14 Tafeln Plakate politischer Parteien und Institutionen aus 50 Jahren. Blickfang am Anfang: „All our Colours to the Mast“, Europa unter vollen Segeln, ein Plakat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in

Euro macht uns stark“ wirbt 1998 die CDU. Eine Zeittafel dokumentiert die Stationen des Europäischen Integrationsprozesses.

Werben für Europa will auch die Konrad-Adenauer-Stiftung mit dieser Ausstellung. Die Ausstellung steht Parteien und Institutionen der politischen Bildung kostenlos zur Verfügung und soll bei europapolitischen Veranstaltungen gezeigt werden. Die Tafeln sind auf einem leicht



Europa (OEEC) aus dem Jahr 1950. Die OEEC (gegr. 1948) koordinierte das Europäische Wiederaufbauprogramm (Marshallplan). „Europa im Werden“ steht über einer Darstellung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1951). „Europa ist mehr als der Finanzausgleich“ ist auf einem Plakat von Klaus Staack 1984 zu lesen. „Der

handhabbaren Faltflex-System befestigt. Die Gesamtlänge beträgt 10 Meter in vier getrennten Segmenten. Die Aufbauzeit beträgt ca. 60 Minuten. Die in ihrer Art weltweit einzigartige Plakatsammlung der Konrad-Adenauer-Stiftung umfaßt ca. 15.000 Plakate verschiedener Parteien aus der Zeit von 1918 bis 1999.

Zum ersten Mal in einem gemeinsamen Magazin vereinen die Publikationen „Frau & Politik“, „Mach mit!“ und „Soziale Ordnung“ zum Erfurter Parteitag unter dem Titel „Mitten im Leben!“. Die neueste Ausgabe zielt mit unterschiedlicher Akzentuierung in unsere bundesrepublikanische Lebenswirklichkeit und leistet einen deutlichen Beitrag zur innerparteilichen Diskussion.

Auf den Seiten der CDA/CSA-Ausgabe beginnt Hermann-Josef Arentz MdL mit einem Beitrag zum geistigen Fitness-Programm. Generalsekretärin Angela Merkel mahnt einen kritischen Dialog mit den Gewerkschaften an, während Reiner Eppelmann mit dem gegen die Wand gesetzten „Bündnis für Arbeit“ von Gerhard Schröder abrechnet. Mit seinem Beitrag zum „Erziehungsgehalt“ hat Walter Link eine jetzt erst richtig in Gang gekommene Diskussion innerhalb der Partei aufgelöst.

Die Seiten von „Frau & Politik“, „Mitten im Leben: hautnah!“ nehmen den Alltag der heutigen jüngeren und mittleren Frauengeneration ins Visier. Kernproblem bleibt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die akrobatischen Kunststücke, die Frauen bei diesem Balanceakt noch immer zu vollbringen haben. Von „Dornröschen ist aufgewacht...“ mit den veränderten Einstellungen der Frauen zum eigenen Lebensentwurf bis hin zu „Männer haben's schwer...“ mit den Erkenntnissen der neuesten Zulehner-Studie spiegelt sich



in allen Beiträgen wider, daß an der Schwelle zum 21. Jahrhundert kein allgemeingültiges gemeinsames Rollenbild für Frauen mehr existiert. Bürgerinnen und Bürger wissen und leben dies längst. Umso notwendiger ist es, daß die Politik frauen- und gesellschaftspolitisch differenzierte Antworten gibt.

Nicht zuletzt erfahren Sie mehr über das Total-E-Quality, einer neuen Auszeichnung für Chancengleichheit in Unternehmen, die auf der Messe für Frauen top'99 verliehen wird.

Nimm eins, lies drei!

Auf den Seiten der Senioren-Union mahnt Bernhard Worms den bewährten Charakter der CDU als Volkspartei der Mitte an und fordert dazu auf, eine Gesellschaft für alle Lebensalter mit einem Miteinander der Generationen zu schaffen. Unverzichtbar für die Senioren-Union ist es, die Familie in den Mittelpunkt der Politik zu stellen. Das Bild der gemeinsamen Überzeugungen rundet die seniorenpolitische Grundsatzserklärung als Antrag für den Erfurter Parteitag ab.

**Nimm eins, lies drei! – „Mitten im Leben“ -
für die Leserschaft eine Bereicherung!**

Bulmahn gefährdet die Qualität des dualen Ausbildungssystems

Zu der Forderung von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn, Ausbildungsgänge für Schulabbrecher einzuführen, erklärte der Bundesvorsitzende der MIT, Peter Rau:

Wer nicht mehr die Anforderungen im Berufsleben, sondern die Leistungsfähigkeit des einzelnen Jugendlichen als Maßstab für eine Ausbildung nimmt, setzt die Qualität unseres dualen Ausbildungssystems aufs Spiel.

Dieser Vorschlag ist ein weiterer Versuch der Bundesregierung, die Berufsabschlüsse im Handwerk aufzuweichen. Frau Bulmahn hat offensichtlich nicht begriffen, daß die Gesellenprüfung keine Zierde, sondern vielmehr ein Qualitätssiegel für die handwerkliche Ausbildung und die im Berufsleben erbrachten Leistungen ist. Die Lehrlingsausbildung muß sich daher auch weiterhin an den Anforderungen in den Betrieben orientieren. Nur so erhalten wir ihre hohe Qualität.

Den Weg versperrt

Dies bedeutet nicht, daß man Jugendlichen, die diesen Anforderungen nicht gerecht werden können, den Weg in das Berufsleben versperrt. Lernschwächeren müssen Ausbildungsangebote eröffnet werden, die ihren Möglichkeiten entgegenkommen. Der Weg kann beispielsweise über teilqualifizierende Ausbildungsgänge wie den „kleinen Gesellenbrief“ als 1. berufsqualifizierender Abschluß gehen. Aber dieser darf nicht gleichrangig zum Gesellenbrief sein.

Weiterhin gilt auch hier, man darf nicht nur die Symptome, sondern muß die Ursachen bekämpfen. Wir dürfen nicht hinnehmen, daß 10-15% eines Schulentlassungs-

jahres, also ca. 60.000 Schulabgänger jährlich nicht ausbildungsfähig sind. Die Schulpolitik ist daher gefordert, wieder eine solide Ausbildung zu gewährleisten, die jungen Menschen die erforderlichen Grundkenntnisse vermittelt, die sie für eine Ausbildung benötigen. Dies gilt auch für lernschwächere Schüler, denen über eine besondere Förderung geholfen werden muß.

Michael Luther: Einfachministerin Bulmahn

Frau Bulmahns Vorstellungen für die Einführung von „Einfach-Berufen“ sind etwas zu einfach gestrickt. Der Ansatz, die Ausbildungschancen von Jugendlichen zu verbessern, die keinen oder nur einen unterdurchschnittlichen Schulabschluß haben, ist zwar gut gemeint, aber offenkundig nicht durchdacht.

Frau Bulmahn verkennt schon die Bedeutung des Hauptschulabschlusses, der auch heute den Zugang zu den meisten Lehrberufen eröffnet. Besonderer Hilfe bedürfen allerdings die Jugendlichen, die keinen Schulabschluß erreicht haben.

Lebensjahre gestohlen

Die Einführung von letztlich „minderqualifizierten“ neuen Ausbildungsgängen geht das Problem aber von der falschen Seite an. Frau Bulmahn verfällt der alten sozialdemokratischen Manie, Anforderungen abzubauen und damit das Niveau der Ausbildung herabzudrücken. So werden dann Menschen in Berufen ausgebildet, für die auf dem Markt keine Nachfrage besteht – gerade weil das Niveau zu niedrig ist. Die

Ein verspäteter Aprilscherz aus dem Hause Bulmahn

Zur Forderung von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn, deutsche Unternehmen sollten ausgemusterte Computer an Schulen abgeben, erklärte der Obmann für Bildungs- und Forschungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Rachel:

Die Forderung von Bundesbildungsministerin Bulmahn an die deutschen Unternehmen, den Schulen ausgemusterte und damit veraltete Computer zur Verfügung zu stellen, kann nur als verspäteter Aprilscherz gewertet werden. Wie mittlerweile jeder Schüler weiß, hat die Entwicklung der Computertechnologie ein Tempo angenommen, das PCs bereits innerhalb weniger Jahre veralten läßt.

Wenn man berücksichtigt, daß in den meisten mittelständischen Unternehmen Computer in der Regel so lange wie möglich genutzt und aus Kostengründen nicht ständig erneuert werden können, steht zu befürchten, daß den

Schülern durch diese Aktion nur Geräte zur Verfügung gestellt werden, die dem heutigen Stand der Technik nicht mehr entsprechen. Selbst jüngere Modelle werden den heutigen Anforderungen zum erheblichen Teil nicht mehr gerecht, beispielsweise um eine angemessene Nutzung des Internets zu gewährleisten.

Zweifellos ist die Zielsetzung, allen Schülern eine Nutzung von Computern im Unterricht zu ermöglichen, im Hinblick auf die Anforderungen des Berufslebens richtig – der von Frau Bulmahn vorgeschlagene Weg ist jedoch nicht mehr als ein untauglicher Versuch.

Verglichen mit der seinerzeitigen Initiative des früheren Bundesbildungsministers Jürgen Rüttgers, im Rahmen der Initiative „Schulen ans Netz“ möglichst viele Schulen ans Internet anzuschließen, ist die Forderung nach ausgemusterten Computern ein peinlicher Rückschritt.

Jugendlichen werden in Ausbildungen untergebracht, die Arbeitslosenstatistik für die Dauer der Ausbildung verbessert, und dann folgt wieder die Arbeitslosigkeit. Das Problem dieser Menschen wird so nicht gelöst, ihnen werden nur Jahre ihres Lebens gestohlen.

Der richtige Weg ist es, diesen jungen Menschen zu helfen, ihre Qualifikation zu verbessern, einen Schulabschluß zu erwerben, um dann eine Ausbildung machen zu können, wie alle anderen auch: eine Ausbildung, die der Markt anbietet und nachfragt, die Perspektive und Zukunft bietet.

Personalie

Dem CDU-Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. **Karl-Heinz Hornhues** ist das Kommandeurekreuz des Verdienstordens der Republik Polen verliehen worden. Die Auszeichnung mit dem zweithöchsten polnischen Orden erhielt der Unionspolitiker für seine Verdienste im Rahmen der deutsch-polnischen Beziehungen. Hornhues nahm die Ehrung aus der Hand des polnischen Botschafters, Dr. Andrzej Byrt, entgegen.

Rot-Grün schmälert die Zukunftschancen der jungen Generation

„Bildungschancen sind Zukunftschancen, und deshalb muß Bildung wieder Priorität in NRW haben. Um den dramatischen Unterrichtsausfall ernsthaft zu reduzieren, müssen wir 2.000 Lehrer zusätzlich einstellen“, stellten der Oppositionsführer im Düsseldorfer Landtag, Laurenz Meyer, und der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Bernhard Recker, anläßlich der Veröffentlichung einer vom Schulministerium durchgeführten Untersuchung zum Unterrichtsausfall an Rhein und Ruhr fest.

Die Zahlen von Ministerin Behler, der Unterrichtsausfall liege zwischen 5% und 8%, sind nicht nachweisbar und geben in keiner Weise die Wirklichkeit wieder. Selbst nach Aussagen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) erhält ein Kind in der Grundschule in NRW 400 Unterrichtsstunden weniger als in Bayern, das sind fast 3 Stunden pro Woche. Das von der rot-grünen Landesregierung angekündigte Notprogramm ist nach Bewertung der CDU-Landtagsfraktion ein „Tropfen auf den heißen Stein“. Die 27 Mio. DM stehen in keinem Verhältnis zu den 400 Mio. DM aus dem Bildungsetat, die von der rot-grünen Landtagsmehrheit zur Haushaltssanierung zweckentfremdet wurden. Die Folge: Die Stellenreserve zum Ausgleich von Unterrichtsausfall wurde gegen Null gefahren, so daß z.B. Unterrichtsausfall durch kurzfristige Krankheiten nicht mehr auffangbar ist. Die jungen Menschen in NRW werden seit Jahren unter der SPD-Verantwortung mehr als benachteiligt gegenüber anderen Bundesländern. Die schulpolitische Leistungsbilanz im einwohnerstärksten Bundesland ist katastrophal. Laurenz Meyer und Bern-

hard Recker stellten heraus, daß NRW immer zu den Schlußlichtern unter den Bundesländern gehört:

● **Schüler-Lehrer-Relation:** Während beim Spitzenreiter Berlin an Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien durchschnittlich ein Lehrer jeweils 14,8 Schüler betreut, sind es in NRW 18,3. Der bundesdeutsche Durchschnitt liegt bei 16,8 Schülern je Lehrer. Mit Rang 16 besitzt NRW die rote Laterne bei der Schüler-Lehrer-Relation.

● **Größe der Schulklassen:** Im Ländervergleich „Schulklassengröße“ belegt NRW den zweitletzten Platz (Rang 15) mit 25,5 Schülern je Klasse im Durchschnitt.

● **Unterrichtsstunden je Schüler:** Auch im Ländervergleich „erteilte Unterrichtsstunden je Schüler“ belegt NRW den letzten Rang (16).

Die beiden CDU-Politiker bezeichneten es als unverantwortlich, daß die rot-grüne Landesregierung die mangelnde Organisation an Schulen für die dramatische Situation verantwortlich macht. Unter den gegebenen zum Teil miserablen Rahmenbedingungen leisten Schüler und Lehrer oft Beispielhaftes, und deshalb gebührt ihnen Dank und Anerkennung. Die Landesregierung soll endlich nicht nur in Sonntagsreden die Bedeutung der Bildungspolitik betonen, sondern angesichts der bestürzenden Vergleichszahlen sofort handeln. Sonst versündigt sich Rot-Grün an den Zukunftschancen der jungen Generation in diesem Land. Für die CDU-NRW hat die Bildungspolitik eindeutig Priorität. So hat die CDU-Landtagsfraktion bei den letzten Haushaltsberatungen 2.000 Lehrerstellen zusätzlich als Vorgriffseinstellung gefordert und diese auch solide finanziert. ■

Roland Koch ruft hessische Bevölkerung zu Aktionstag für Kosovo auf

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch hat die Bevölkerung seines Bundeslandes zu einem Aktionstag für die Kosovo-Flüchtlinge aufgerufen.

Organisatorisch begleitet vom Malteser Hilfsdienst (MHD) sollen die Bürger unter dem Stichwort „Hessen hilft dem Kosovo“ nicht mehr benötigten Hausrat auf Flohmärkten verkaufen, Feste oder Tage der offenen Tür veranstalten und dabei Spenden sammeln. Der Erlös geht in die Finanzierung eines Flüchtlingslagers, das die Malteser derzeit im nordalbanischen Shkoder aufbauen, wie Koch und der MHD in Wiesbaden mitteilten.

„Das ist das, was ich mir unter dem Stichwort aktive Bürgergesellschaft vorstelle“, sagte Koch. Bei dem Aktionstag soll eine sechsstellige Summe gesammelt werden. Nach einer Liste des MHD haben bereits in rund 25 hessischen Städten Vereine und Initiativen Aktionen angekündigt.

Eine Fülle von Aktionen

So bietet eine Initiative im südhessischen Obertshausen an, Autofahrern gegen eine Spende den Wagen zu waschen. In mehreren Städten wird es Benefizkonzerte mit Rockgruppen oder Kabarettaufführungen geben.

Jürgen Rüttgers: Clement bekommt Arbeitslosigkeit nicht in den Griff

„Der Rückgang der Arbeitslosigkeit liegt in Nordrhein-Westfalen mit 3,3 Prozent spürbar hinter dem Rückgang im Bund mit 7,2 Prozent“, stellte der Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Jürgen Rüttgers, anlässlich der Bekanntgabe der Arbeitsmarktzahlen für den März fest.

„Besorgniserregend ist die zunehmende Zahl derer, die sich jeden Monat neu arbeitslos melden. Im März waren das in Nordrhein-Westfalen mit 106.700 immerhin 6.830 oder 6,8 Prozent mehr als vor einem Jahr. Es ist kein Trost für die Menschen und die Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen,

daß diese Zahl im ganzen Bundesgebiet deutlich nach oben gegangen ist. Rot-Grün ist sowohl im Bund als auch im Land angetreten, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das Ergebnis sind aber nicht weniger, sondern mehr neue Arbeitslose“, sagte Rüttgers.

„Die Arbeitsmarktzahlen für den März machen deutlich, daß Ministerpräsident Clement die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen nicht in den Griff bekommt“, erklärte der CDU-Landeschef und kündigte an, daß die CDU Clement an seinen vollmundigen Ankündigungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit messen werde.

Mitten im Leben – Strategie für den Regierungswechsel

Der 12. Landesparteitag der CDU Mecklenburg-Vorpommern hatte am 28. November 1998 in Grimmen (Nordvorpommern) die Einsetzung einer Strategiekommission beschlossen. Im Ergebnis der Arbeit dieser Kommission hat der Landesvorstand dem nächsten Landesparteitag ein Strategiepapier „Mitten im Leben – Auf dem Weg zur Mehrheitsfähigkeit im Land Mecklenburg-Vorpommern“ vorgelegt.

Für die CDU des Landes ist klar: Nur wenn das Profil der CDU gestärkt wird, kann die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger überzeugt und die Mitte gewonnen werden. Deshalb ist eine klare inhaltliche und organisatorische Ausrichtung der Partei notwendig. Um mehr Frauen und junge Leute für eine Mitarbeit in der CDU zu gewinnen, soll die Arbeit in der CDU attraktiver gestaltet werden. Dies ist durch neue Partizipationsangebote, zum Beispiel bei der intensiveren inhaltlich-programmatischen Arbeit der Landesfachausschüsse und einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen Landesverband und Kreisverbänden, möglich.

Mit Regionalkonferenzen, Workshops und Diskussionsrunden zu wichtigen gesellschaftspolitischen Themen will die CDU in den kommenden Monaten mit Verbänden, Vereinen, Interessengruppen und der interessierten Öffentlichkeit ins Gespräch kommen. Dadurch soll auch ein engerer Kontakt zum vopolitischen Raum hergestellt werden. Ziel ist, daß die Bürgerinnen und Bürger erkennen, daß sich die CDU über all ihrer Probleme und Sorgen annimmt und konzeptionelle Lösungsvorschläge zu wichtigen Strukturfragen erarbeitet.

Inhaltlich will der Landesverband über die Bedeutung der christlichen Werte in einer immer weiter säkularisierten Welt diskutieren. Daneben will die CDU durch ein klares Bekenntnis zur regionalen und nationalen Identität den Menschen im Land gerade im Zeitalter der Globalisierung Orientierung geben. Über die vorrangigen Ziele staatlicher Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik soll beraten werden, und in die Diskussion über die Zukunft der Sozialsysteme will sich der Landesverband offensiv einbringen. Daneben gelte es, mit neuen Wegen in der Familienpolitik den Realitäten im Land stärker Rechnung tragen und über Formen der Zusammenarbeit zwischen Bürger und Polizei diskutieren, ein ausgewogenes Sozialverhalten zu unterstützen und so zur Kriminalitätsprävention beizutragen.

Neumitglieder schnell in die Parteiarbeit einbinden

Um die Mehrheitsfähigkeit zurückzugewinnen, will sich die CDU auch organisatorisch modernisieren. So soll das Dienstleistungsangebot der Landesgeschäftsstelle ausgeweitet, die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit des Landesverbandes weiter intensiviert und die Arbeit der Landesfachausschüsse durch eine neue Struktur aktiviert werden. Dafür soll die Landesgeschäftsstelle das schlagkräftige Rückgrat der Partei sein. Daneben wird die Übernahme von Patenschaften für soziale Einrichtungen und Projekte durch die Orts- und Kreisverbände der CDU angeregt und zu einer schnellen Einbindung von Neumitgliedern in die Parteiarbeit aufgefordert.

Demontage des Wirtschaftsministeriums muß zurückgenommen werden

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT), Hartmut Schauerte, fordert mit dem Amtsantritt des neuen Bundesfinanzministers Hans Eichel, eine Rücknahme der von der rot-grünen Bundesregierung durchgeführten Verlagerung von Zuständigkeiten vom Bundeswirtschaftsministerium in das Bundesfinanzministerium. Im einzelnen fordert er:

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie muß in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzt werden. Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie wurde durch den gescheiterten Bundesfinanzminister Lafontaine um wesentliche Schlüsselressorts gebracht und hat somit an Einfluß verloren. Insbesondere die Abteilungen E (Europapolitik) und die ökonomische Grundsatzabteilung I gehören in das Wirtschaftsressort.

Die für die Wirtschaftspolitik zuständige Abteilung I ist die Schlüsselabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums. Sie ist schon von Gründervätern der sozialen Marktwirtschaft Müller-

Armack und Ludwig Erhard als essentiell angesehen worden. Besonders wichtig ist die Rückübertragung der bereits verlagerten ehemaligen Unterabteilung ID, die vor allem für die gesamtwirtschaftlichen Analysen und Projektionen, die Wirtschaftsstatistik zuständig ist. In ihr wird vor allem der Prognoseteil des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung erstellt. Die Abteilung E ist für die europapolitische Koordinierung zuständig. In dieser Abteilung bemühte man sich bislang um eine ordnungspolitische Sicht der Europapolitik.

Wirtschaftsminister Müller muß als noch amtierender Doppelminister die Chance nutzen und sich mit Hans Eichel zusammensetzen, um die schädlichen wirtschaftspolitischen Entscheidungen im Kabinett zurückzuholen. Es wäre ein gutes Signal für einen Neuanfang in der Wirtschaftspolitik und ein Beweis für seine Durchsetzungskraft im Kabinett, wenn Müller eine entsprechende Kurskorrektur durchsetzen könnte. Nur so kann das Wirtschaftsministerium seine gewollte Kontrollfunktion innerhalb der Bundesregierung mit Erfolg ausüben.

Mit dem Strategiepapier legt die CDU Mecklenburg-Vorpommern die Konzeption für eine Politik aus einem Guß vor. Durch neue Veranstaltungsformen wird die CDU außerdem ihr Erscheinungsbild verbessern. Deshalb wird schon der Schweriner Parteitag im Mai in einer neuen Form stattfinden. Getreu dem Motto „Mitten im Leben“ werden die Delegierten einige Stunden aktiv in den Kommunal- und Eu-

ropawahlkampf in Schwerin eingreifen. An Informationsständen, in Häusern und Wohngebieten werden die Parteitagsdelegierten einen offensiven Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern führen.

Das Strategiepapier der CDU Mecklenburg-Vorpommern kann ab 20. April 1999 im Internet unter <http://www.cdu-mv.de> abgerufen werden.

Wahlwerbung in elektronischen Medien ist unverzichtbar

Anläßlich jüngster Forderungen zur Abschaffung der Wahlwerbung im Rundfunk erklärte der Obmann für Kultur und Medien der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bernd Neumann:

Zur jüngsten Forderung des Deutschlandradio-Intendanten, Ernst Elitz, keine Wahlspots mehr zu senden, kann man nur sagen: ‚Alle Jahre wieder!‘ Alle Jahre wieder wird vor Wahlen von Rundfunkverantwortlichen Stimmung gegen die gesetzliche Verpflichtung gemacht, politische Werbung für Parteien ausstrahlen zu müssen. Das Argument, daß man damit auch radikalen Gruppierungen die Möglichkeit zu obstruieren und verfassungsfeindlicher Agitation in Werbespots gäbe, ist ernst zu nehmen, aber dennoch vorgeschoben.

Zum einen wird vor und nach Ausstrahlung eines jeden Spots unmißverständlich klargestellt, daß für den Inhalt ausschließlich die Parteien verantwortlich sind, und zum anderen besteht die Möglichkeit der Ablehnung, wenn Inhalte zum Rassenhass aufrufen, Gewalt verherrlichen, die Menschenwürde verletzen oder eindeutig pornographisch sind.

In Wahrheit stört öffentlich-rechtliche wie private Rundfunkanbieter die politische Werbung als solche; die einen, weil sie es kostenlos ausstrahlen müssen – und das zur Prime-Time –, die anderen, weil auch sie nur den Selbstkostenpreis erstattet bekommen und darüber hinaus zuviel Politik im Programm als quotenschädlich angesehen wird.

Diese Argumentation ist zwar nachvollziehbar, aber nicht ausreichend, um Wahlspots aus dem Programm zu verbannen. Die Parteien haben eine im Grundgesetz verankerte, entscheidende Funktion für

unsere Demokratie; dazu ist das Werben für die eigenen politischen Ziele vor Wahlen grundlegend. Und im Zeitalter von Multimedia ist der Verzicht von Werbung in elektronischen Medien völlig untragbar. Warum sollten nur die politischen Parteien davon ausgeschlossen werden? Wirre Parolen einiger extremistischer Gruppierungen können doch nicht dazu führen, daß man ‚das Kind mit dem Bade ausschüttet‘ und deshalb die Werbung aller demokratischen Parteien unterbindet.

„Sendezeit für Dritte“

Natürlich bietet der öffentlich-rechtliche Rundfunk Möglichkeiten, innerhalb seines Programms für die Politik der Parteien zu argumentieren und zu überzeugen. Aber für die kleinen Parteien, vor allem jene, die nicht im Parlament sitzen, ist gesetzlich garantierte ‚Sendezeit für Dritte‘ die Chance, überhaupt im Fernsehen vorzukommen. Im übrigen setzte der Verzicht auf Eigenwerbung der Parteien voraus, daß insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein Höchstmaß an politischer Ausgewogenheit in seinem Programm garantiert. Die letzte Bundestagswahl mit der eindeutigen Pro-Schröder-Tendenz gerade in der ARD belehrt uns eines anderen.

Fazit: Die politische Werbung der Parteien in den elektronischen Medien muß bleiben; sie gehört zur Demokratie. Daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk kostenlos dazu verpflichtet ist, erklärt sich durch dessen besonderen Auftrag und durch den grundgesetzlich verbrieften politischen Auftrag der Parteien, die finanziell überhaupt nicht in der Lage wären, die gängigen Werbepreise zu bezahlen.

unsere MATERIALIEN ZUR EUROPAWAHL



**Briefwahl
AUF IHRE STIMME
KOMMT ES AN!**

am 13. Juni 1999 ist Europa-Wahl



CDU

mitten im Leben, mitten in Europa.

● BriefwahlPROSPEKT

- | | | |
|-------------|---|----------|
| 2582 | Briefwahlprospekt zur Europawahl
500 Expl. | 50,00 DM |
| 2583 | Briefwahlprospekt zur Europa- und Kommunalwahl
500 Expl. | 50,00 DM |

Der vor uns liegende Wahlkampf wird eine Herausforderung für uns sein, als Partei mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Der entschlossene und gut gemachte Wahlkampf vor Ort kann das Ergebnis entscheidend beeinflussen.

Wir müssen unsere Wähler mit einem guten Erscheinungsbild ansprechen. Werbemittel und Materialien sind wichtige Hilfen, um unsere Argumente zu transportieren.

Rechtzeitig zur Europawahl können Sie deshalb über unser Versandzentrum eine Reihe neuer Informations- und Sympathiewerbemittel beziehen, die Ihnen bei Ihren Canvassing-Aktionen vor Ort hilfreich sein können. Auf den folgenden Seiten finden Sie eine Auswahl der neuen Werbemittel. Das komplette Gesamtangebot Nr 1/99 wird nach dem CDU-Parteitag im UiD abgedruckt.

kostenlose GRUNDAUSSTATTUNGEN FÜR CDU-KREISVERBÄNDE

Jeder CDU-Kreisverband erhält als kostenlose Grundausrüstung für den Europawahlkampf bis zu 5.000 Expl. Briefwahlprospekt sowie bis zu 3.000 Expl. Motivplakate. Die entsprechenden Bestellscheine sind den Kreisverbänden bereits per Fax zugesandt worden.

Da in manchen Landesverbänden zeitgleich mit der Europawahl auch die Kommunalwahl stattfindet, bieten wir den Briefwahlprospekt auch in einer kombinierten Europa- und Kommunalwahlversion an.

● ArguKARTEN

- 1581** Argukarten-Set zur Europawahl (25 Karten) 20 Sets 29,90 DM
1359 Argukarten-Set zum Thema „EURO“ (13 Karten) 20 Sets 19,50 DM

● FaltBLÄTTER

- 2546** Europa: 10 Argumente für Europa
2570 Für unsere Landwirtschaft:
ehre, WEM EHRE GEBÜHRT.
2571 Gegen Verbrechen
 und Drogenhandel:
keine, ANGST!
2572 Für Demokratie und Bürgernähe:
**ohne DIE MENSCHEN GEHT
 NICHTS.**
2573 Bildungspolitik:
wissen WO'S LANGGEHT.
2574 Arbeitsplätze:
**mehr ARBEIT LÄSST SICH
 STEUERN: MIT WENIGER
 STEUERN.**
2576 Für Rentner und Beitragszahler:
alters-VORSORGE
2578 Euro:
**nur EIN STARKER EURO
 IST EIN GUTER EURO.**
2579 Europa:
**neue ZIELE
 GEMEINSAM ERREICHEN.**

Die Faltblätter sind zu je 100 Expl. verpackt.
 100 Expl. kosten 20,00 DM



Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand. Ab einem Warenwert von 50,-DM werden keine Versandkosten berechnet.

**Bestellanschrift per Post: IS-Versandzentrum
 Postfach 1465**

59306 Ennigerloh

Fax: 02524 / 911310

E-Mail: cdu-shop@bertelsmann.de

● neue SYMPATHIEWERBEMITTEL



● **CDU-Spritztiere**
(verpackt in durchsichtiger Runddose)

Bestell-Nr.: 9559

Preis je
30 Expl.
29,25 DM



● **Vitamin-Bonbon**
Bestell-Nr.: 9560

Preis je
500 Expl.
35,50 DM



● **Europa-Luftballon**
Bestell-Nr.: 9561

Preis je
1.000 Expl.
110,00 DM



● **Pflanzwürfel-Set**
– Basilikum –
Bestell-Nr.: 9562

Preis je
10 Expl.
25,00 DM



● **Samen-tütchen**
– Wildblumenmischung –
Bestell-Nr.: 9563

Preis je
100 Expl.
25,00 DM



● **Frisbee-Scheibe**
Bestell-Nr.: 9566

Preis je
20 Expl.
35,00 DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

- **Gummibärchen-MINUTEN**,
verpackt in
durchsichtiger
Runddose

Bestell-Nr.:
9547

Preis je 100 Expl.
19,90 DM



UiD

12/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon: (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profflich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.